

# Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt \* Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf., 3 gespalt. Textzeile 60 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unseren Geschäftsstellen entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 216 90 unter „Allg. Jüd. Familienblatt“ erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Verlag und Redaktion:  
Allgemeines Jüdisches Familienblatt  
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telefon 215 16  
Postscheckkonto Nr. 216 90

Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag  
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise: Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich. 2.40 Mark vierteljährlich exkl. Bestellgeld. Streifenbezug für Deutschland, Oesterreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.20 Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.50 Mark. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle, Gerberstr. 48/50; Buchhandlung M. W. Kaufmann, Brühl 1; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Str. 26; M. Lafer, Chemnitz, Kasernenstr. 8; Dresden: Redaktion: Leon Kesten, Kaubachstraße 25



In Leipzig

C 1, Petersstraße 14  
(Singerhaus)

S 3, Südstr. 26

W 31,  
Zschocher-  
sche Str. 24

N 22, Halli-  
sche Str. 97

O 30, Eisen-  
bahnstr. 84

## Das Palästina-Mandat

Von Justizrat Dr. Bodenheimer, Köln

Die Verhandlungen vor dem Mandatsausschuß des Völkerbundes und die Erklärungen, die der englische Kolonialminister Shiels vor diesem abgegeben hat, fordern eine Erwiderung heraus.

Es gibt keine zionistische Richtung, auch nicht die der Revisionisten, die eine gegen Großbritannien und das englische Volk oder auch gegen die Araber Palästinas unfreundliche Haltung einnimmt. Der Revisionismus bekämpft lediglich das Weißbuch von 1922 und die hiernach von der britischen Regierung eingeleitete Politik. Er vertritt die Ueberzeugung, daß das wohlverstandene Interesse Großbritanniens und auch Palästinas die aufrichtige Durchführung der Balfourerklärung in ihrem ursprünglichen und unzweideutigen Sinne erfordert. Der Revisionismus betrachtet die Annahme des Weißbuchs durch die zionistische Exekutive als einen grundsätzlichen Irrtum, der nur durch das blinde Vertrauen der Führung zu erklären ist, daß England mit dem Weißbuch einen Weg zur ehrlichen Durchführung der Balfourerklärung betreten wollte. In Wirklichkeit ist das Weißbuch die glatte Aufhebung der Balfourerklärung und Ablehnung der zionistischen Bestrebungen. Dies zeigt sich in drei Richtungen:

1. in der Definition, die das Weißbuch von der nationalen Heimstätte gibt,
2. in der Ausschaltung der Jewish Agency von der Regierung Palästinas,
3. in der im Weißbuch bereits vorgesehenen Abtrennung des Ostjordanlandes.

Die Definition sagt, unter der Errichtung der jüdisch nationalen Heimstätte in Palästina sei die weitere Entwicklung der bestehenden jüdischen Gemeinschaft mit Hilfe der Juden in anderen Weltteilen zu verstehen, damit es zu einem Zentrum werde, an dem das jüdische Volk in seiner Gesamtheit aus religiösen und stammesgemäßen Gründen mit Interesse und Stolz teilnehmen könne. Es fügt hinzu, es sei wichtig, daß das jüdische Volk das Bewußtsein habe, von Rechts wegen und nicht aus Duldung in Palästina zu sein.

Diese Definition ist kautschukartig unbestimmt. Die Balfourerklärung selbst läßt keinen Zweifel darüber, was unter der nationalen Heimstätte zu verstehen sei. Daß dies eine Art Judenstaat sein sollte, geht daraus hervor, daß es das jüdische Volk als Subjekt dieser Heimstätte bezeichnet. Wenn nichts anderes beabsichtigt war, als im Weißbuch bestimmt wird, hätte es keinen Sinn gehabt, einen Vorbehalt wegen der bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina zu machen. Ebensowenig wie es dann angezeigt gewesen wäre, die Auf-

rechterhaltung der Rechte der politischen Stellung, deren sich die Juden in anderen Ländern erfreuen, besonders hervorzuheben.

Die Definition des Weißbuchs, insbesondere die Ablehnung der Schlußfolgerung, daß Palästina als ganzes in eine jüdisch-nationale Heimstätte verwandelt werden soll, läßt deutlich erkennen, daß die englische Regierung eine Art Gruppenbildung und im besten Falle ein jüdisches Gemeinwesen im Staate schaffen will. Dies ist aber, von allem anderen abgesehen, die denkbar ungünstigste Lösung der palästinensisch-jüdischen Frage. Kein Volk, und auch nicht die arabischen Analphabeten in Palästina, wird sich die Bildung eines volksfremden Staates in seiner Mitte gefallen lassen.

Für die Juden bildet ein solcher Zwitterstaat keinerlei Anreiz, Wohnländer zu verlassen, in denen ihnen die bürgerlichen Rechte verfassungsmäßig gewährleistet sind. Etwas Besseres wird ihnen im Weißbuch keinesfalls in Aussicht gestellt, im Gegenteil, die Bestimmungen über die Einwanderung ergeben, daß England gewillt ist, den Zustand der Minderheit der Juden in Palästina verfassungsmäßig zu verankern. England wird aber nach dem Ausspruch Shiels dauernd den Schiedsrichter zwischen zwei Völkern in Palästina spielen und seine Militärmacht im Lande aufrechterhalten müssen, wenn es dies erstrebt. Der Gedanke eines Judenstaates in Palästina, wie ihn die Balfourerklärung enthält, ist von dem jüdischen Volk mit Begeisterung aufgenommen worden und Millionen von Juden im Osten haben diesen Gedanken als eine Erlösung betrachtet. Auf Grund der Bereitschaft großer jüdischer Massen zur Uebersiedlung nach Palästina wäre die Schaffung dieses Staates mit einer jüdischen Majorität mit Hilfe der britischen Regierung und der Landesverwaltung kein allzuschwieriges, keinesfalls ein utopisches Unternehmen.

Eine Heimstätte im Sinne des Weißbuchs ist weder auf die Dauer möglich, noch irgendwie wünschenswert. Die mit ihm verbundene Verwerfung der Judenstaatsidee widerspricht daher auch den Interessen Englands.

Es war ganz natürlich, daß unter den obwaltenden Umständen das Weißbuch die Jewish Agency als völkerrechtliches Instrument der Errichtung der Heimstätte auszuscheiden bemüht war. Darum wurde entgegen dem Mandat festgestellt, daß die Jewish Agency keinerlei Anteil an der allgemeinen Verwaltung des Landes habe.

Die 3. Abweichung von der Balfourerklärung besteht aber in der Ankündigung der Abtrennung des Ostjordanlandes von Palästina. Anscheinend gegenüber arabischen Ansprüchen, in Wirklichkeit aber, um die Hände für die Gründung Transjordaniens

## Chronik der Woche

Ein Jude lettländischer Konsul in Breslau. Riga. Die lettländische Regierung ernannte Louis Segalowitzsch, einen Juden, zu ihrem Konsul in Breslau. Der neue Konsul tritt sein Amt am 10. Juli an.

Eine Jüdin Generaldirektor der Malländer Scala.

Rom. Zum Nachfolger des vor einigen Tagen verstorbenen Generaldirektors des berühmten Scala-Theaters zu Mailand, Angelo Scandiani, der bekanntlich Jude war, wurde Fräulein Anita Colombo ernannt. Anita Colombo ist Jüdin und Tochter eines verstorbenen jüdischen Bankiers, in dessen Hause von jeher Musiker und Musikfreunde, unter ihnen Toscanini, freundschaftlich verkehrten. Fräulein Colombo, eine Geigerin und Musiktheoretikerin von Ruf, war eine Zeit lang Sekretärin Toscaninis.

Miß Henrietta Szold soll zum Dr. theol. h. e. ernannt werden

Newyork. Wie die JTA erfährt, plant das Jewish Theological Seminary of America, die unter Leitung von Dr. Cyrus Adler stehende, hochangesehene jüdische Hochschule Amerikas, Miß Henrietta Szold anlässlich ihres 70. Geburtstages am 21. Dezember zum Ehrendoktor zu ernennen. Es würde das der erste Fall sein, daß eine jüdische Frau diese Würde erhält.

Sühne für die Schändung des jüdischen Friedhofes in Prerau

Prag. August 1928 wurden auf dem jüdischen Friedhof in Prerau 40 Grabsteine zertrümmert. Als Täter wurden acht junge Leute im Alter von 15 bis 19 Jahren festgestellt. Einer der Anführer wurde nun vom Gericht zu einem Monat Kerker, zwei weitere Täter zu je 5 Tagen Gefängnis mit Bewährungsfrist für die Dauer von zwei Jahren verurteilt. Die Kultusgemeinde hatte durch die Zerstörung einen Schaden von 20 000 Kc. erlitten.

Die Ernte der jüdischen Kolonisten der Ukraine: Fünf Millionen Pud Getreide. Moskau. Nach den Schätzungen der Agronomen wird die Getreideernte in den jüdischen Kolonien der Ukraine in diesem Jahre fünf Millionen Pud Getreide (statt einer Million Pud im vergangenen Jahre) betragen. Die Sorge der Kolonisten bildet immer noch der Mangel an Arbeiterhänden, es besteht die Befürchtung, daß die Ernte nicht restlos wird eingebracht werden können. Das Zentral-Komitee der kommunistischen Jugendpartei der Ukraine erließ einen Aufruf an alle Jungkommunisten in der Gegend der jüdischen Kolonien, den jüdischen Kolonisten bei der Einbringung der Ernte beizustehen. Das Komitee befahl der jüdischen Jugend der Kolonien, die es eilig hat, in die Stadt zu ziehen, wenigstens bis zum Abschluß der Ernte in den Kolonien zu verbleiben.

frei zu haben, zitiert die britische Regierung im Weißbuch den Brief Mac Mahons an den Sheriff von Mecca, Hussein, in dem von der Gründung eines arabischen Staates die Teile Syriens westlich von Damaskus ausgeschaltet worden seien. Hierauf begründet Großbritannien sein Recht, das Westjordan-Land in die Errichtung der nationalen Heimstätte einzuschließen. Dies widerspricht aber sowohl dem Sinne und dem Wortlaut des Mandats, wonach ganz Palästina das Gebiet der in Aussicht genommenen Heimstätte darstellen sollte.

Nachdem die zionistische Exekutive das Weißbuch angenommen und der Völkerbundsrat die Bestätigung hierzu erteilt hat, kann sie sich kaum darüber beschweren, wenn England nunmehr die im Weißbuch bereits vorgesehene Schaukelpolitik zwischen Arabern und Juden in Palästina betreibt. Die zionistische Organisation und der Kongreß haben das Weißbuch niemals angenommen. Sie haben daher das Recht, es als einen Bruch der englischen Versprechungen zu verwerfen. Hierüber sind sich heute alle Parteien mit Ausnahme der kleinen Gruppe des Brith Schalom einig. Der erste Schritt hierzu ist die Einberufung eines Kongresses mit Neuwahlen um die Stimmung des Zionismus kennenzulernen.

Der zweite und wesentlichere Schritt wäre aber die Verlegung der Londoner Zentrale nach Genf, an den Sitz des Völkerbundes.

Für die politischen Zwecke der Bewegung genügt es vollkommen, wenn ein Vertreter der Leitung in London und einer in Jerusalem sitzt, um die notwendigen Beziehungen zur Mandatsmacht und zur Palästina-Regierung zu pflegen. Die Leitung der zionistischen Bewegung, die sich bisher im blinden Vertrauen England in die Arme geworfen hat, muß von den Einflüssen und dem Druck dieser Regierung, die sie zur Annahme des Weißbuchs ausgeübt hat, befreit werden. Sie muß dem Völkerbund näher kommen, der über die Durchführung des Mandats zu wachen hat. Wenn dies früher schon geschehen wäre, und die völkerrechtliche Vertretung des jüdischen Volkes, die Jewish Agency, in der Lage gewesen wäre, die Mitglieder des Völkerbundes genauer über die schwerwiegenden Folgen einer Abschwächung der Balfourerklärung zu unterrichten, so wäre vielleicht dem Zionismus und dem jüdischen Volk viel Unglück, der britischen Regierung aber auch manche Enttäuschung erspart geblieben.

### Der Zentral-Verein und Goebbels Program-Drohung

Berlin. Das Organ des Zentral-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens reproduziert in Faksimiledruck den Kopf von Nr. 50 der von Dr. Goebbels herausgegebenen Zeitung „Der Angriff“, die an ihrer Spitze in Riesenlettern die Aufschrift trägt: „Vor Judenpogromen in Berlin?“ Die „ZV-Zeitung“ schreibt dazu:

„Die letzte Nummer des „Angriff“ hatte eine besonders „zugkräftige“ Ueberschrift: „Vor Judenpogromen in Berlin?“ Wir wollen dieses Kulturdokument allen denen, die sich noch eine Spur sittlichen Empfindens im politischen Kampfe bewahrt haben, nicht vorenthalten. Goebbels erläutert seine ungeheuerliche Aufreizung durch weit hergeholt Argumente: die Unsicherheit im öffentlichen Leben sei durch das Uniformverbot gewachsen. Es werde jetzt ein Kampf aller gegen alle geben. „Wenn es dabei zu von uns nicht gewünschten und bisher verhinderten Judenpogromen kommen sollte, so hat uns die Regierung selbst die Möglichkeit geraubt, die Disziplin unserer Anhänger zu gewährleisten.“

Wir brauchen wohl nicht erst zu erklären, daß wir gegen diesen Roheitsrekord in Verhetzung der Öffentlichkeit durch den immunen Herrn Reichstagsabgeordneten Goebbels mit allen uns zur Verfügung stehenden legalen Mitteln vorgehen werden. Leib und Leben der Juden in Deutschland werden durch Goebbels mit der Kulturschande des Pogroms bedroht. Herrn Goebbels aber beneiden wir nicht um die Verantwortung, die er durch diese unverhüllte Pogrombete auf sich lädt. Zu der Berliner Polizei haben wir das Vertrauen, daß sie alle Bürger, also auch die jüdischen, zu schützen weiß. Sollten sich trotzdem Zwischenfälle ereignen, so wissen wir dieses Mal genau, wer die Anregung dazu gegeben hat.“

## Die Leiden der polnischen Judenschaft

Katastrophale Wirtschaftslage — Zehntausende jüdischer Arbeiter und Angestellte aus den Staatsbetrieben hinausgeworfen — Schank- und Tabakkonzessionen werden entzogen

Der Jüdische Nationalrat in Polen hat im Hinblick auf die bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Not unter den Juden in Polen, von der alle Klassen und Schichten betroffen sind, durch den Jüdischen Parlamentsklub ein Memorandum dem polnischen Ministerpräsidenten Sławek überreichen lassen. Das von dem Sejmdeputierten J. Grünbaum und A. Hartglas und den Senatoren Dr. J. Davidsohn und M. Körner unterzeichnete Memorandum lautet:

An den Herrn Vorsitzenden des Ministerrates!  
Die jüdische Bevölkerung in Polen ist in den letzten Jahren von einer außergewöhnlich schweren wirtschaftlichen Katastrophe heimgesucht worden. Diese Katastrophe ist nur bis zu einem gewissen Maße in der in Polen herrschenden allgemeinen Wirtschaftskrise begründet; ihre Ursachen liegen tiefer. Sie hat ihre spezifischen Merkmale, die nicht aus rein objektiven Bedingungen, sondern aus den Bedingungen der inneren Politik herzuleiten sind.

Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung Polens befaßt sich mit Handel, hauptsächlich Kleinhandel, Handwerk und Kleinindustrie; von Landwirtschaft wurden die Juden bis auf geringe Ausnahmen ferngehalten. Die spezifische Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung seit dem Wiederaufleben des polnischen Staates war fortwährend darauf gerichtet, das polnische Element wirtschaftlich zu stärken, und zwar auf Kosten der Lebenskraft der nationalen Minderheiten; in erster Reihe wurde die jüdische Bevölkerung aus verschiedenen wirtschaftlichen Positionen, in denen sie historisch verwurzelt war, hinausgestoßen. Diese Politik hat die Wirtschaftskrise der Juden, die schon in den objektiven Umständen der Nachkriegszeit bedingt war, zur Katastrophe gesteigert. Dabei ist zu bemerken, daß die ökonomische Widerstandskraft der Juden wesentlich geschwächt wurde durch den Verlust des russischen Marktes, auf welchem der jüdische Kaufmann, Handwerker und Industrielle dank seinem Unternehmungsgeist eine so wichtige Rolle gespielt hatte.

Die Einführung von Staatsmonopolen für gewisse Produktions- und Handelszweige hat

**zehntausende jüdische Arbeiter und Angestellte, die seit vielen Jahren in diesem Zweige beschäftigt waren, ihres Lebensunterhaltes beraubt; sie wurden ohne viel Federlesens auf die Straße geworfen, an ihre Stelle traten christliche Arbeiter.**

Die gleichen Wege ging die Politik der Regierungen hinsichtlich der Konzession. Die Spiritus- und Tabakkonzessionen wurden von ihren bisherigen Inhabern, die sie generationenlang von ihren Vätern geerbt haben, genommen und Invaliden und anderen privilegierten Bevölkerungskategorien gegeben. Auf diese Weise zwang man einzig und allein die jüdische Bevölkerung zu Opfern für eine Kategorie Bürger, deren Versorgung Pflicht des Gesamtstaates ist.

Die Kartell- und Syndikatspolitik der Regierung, die auf Ausschaltung des Zwischenhandels gerichtet ist, hat die Existenz von Hunderttausenden wirtschaftlich schwacher jüdischer Kleinhändler, Vermittler und Handwerker untergraben. Die Protektion des „echt polnischen“ Händler- und Handwerkerturns, die sich u. a. auch in der Gewährung billiger Kredite aus staatlichen und kommunalen Fonds ausdrückt, hat die Existenzmöglichkeit vieler Tausender jüdischer Händler und Kleinindustrieller, die einen solchen Schutz seitens des Staates und der Kommunen nicht genießen, unterbunden.

Der „Etatismus“, der den Staat zu einem über unbegrenzte Mittel verfügenden Großindustriellen und Großkaufmann macht, der keine Steuern zu leisten braucht, ruiniert in erster Reihe das jüdische Element, dem die Einkaufsquellen gesperrt werden, wobei den aus ihren Positionen hinausgedrängten Juden keinerlei Möglichkeit gegeben wird, bei diesen Staatsunternehmungen als Angestellte ihr Brot zu verdienen.

Die polnischen Berufsgenossenschaften erfreuen sich des besonderen Schutzes der Staatsfonds, der kommunalen Körperschaften usw.,

**während die jüdischen Berufsgenossenschaften keinerlei staatliche oder kommunale Stütze erhalten und auch sonst mit Schwierigkeiten, die ihnen in den Weg gelegt werden, zu kämpfen haben.**

Das Steuersystem ist so aufgebaut, daß die Dorfbevölkerung fast gänzlich von der Leistung indirekter Steuern — die Bodensteuer ist eine minimale — befreit ist und die gesamte Steuerlast, in erster Reihe die Umsatzsteuer, der städtischen, hauptsächlich jüdischen, Bevölkerung aufgehäl-

ist, wobei auf die finanziellen Mittel und die Zahlungskraft dieser jüdischen Bevölkerung nicht im geringsten Rücksicht genommen wird.

Die neugeführten zwangstechnischen Fortschritte in Produktion und Handel (Mechanisierung der Bäckereien, Standardisierung usw.) wirken sich in der Praxis gegen die jüdischen Handwerker und Kleinindustriellen, die keine Staats- und öffentlichen Kredite zur Umstellung ihrer Betriebe erhalten, schwerwiegend aus. Ueberhaupt bringt die Regierung dem Schicksal der immer mehr verarmenden drei Millionen starken jüdischen Bevölkerung kein Interesse entgegen; diese Bevölkerung wird unterdrückt und ihrer Arbeits- und Existenzgrundlage beraubt.

In dem Zeitpunkt zwischen 1915 und 1929 hat das ausländische Judentum, hauptsächlich das amerikanische, eine auf breite Grundlage gestellte Hilfsaktion für das osteuropäische, insbesondere für das durch den Krieg und die Kriegsfolgen ruinierte polnische Judentum durchgeführt. Das Joint Distribution Committee hat für schnelle und konstruktive Hilfe an das polnische Judentum mehr als 27 Millionen Dollar (rund 240 Millionen Zloty) ausgegeben. Nicht eingerechnet sind in diese Summe die Geldüberweisungen amerikanischer Juden an ihre Angehörigen in Polen durch Vermittlung des Joint, die allein in den Jahren 1919 bis 1921 9 Millionen Dollar betragen haben. Seit 1922 ist das Joint Distribution Committee mit dem Ausbau des jüdischen Genossenschaftswesens beschäftigt und hat gemeinsam mit der Jewish Colonisation Association (Ica) unter dem Namen „Foundation“ eine Institution begründet, die in den Jahren 1922 bis 1929 Kredite in Höhe von 2 800 000 (25 Millionen Zloty) gewährt hat. Ungeheure Summen wurden durch die amerikanische Emigrationsgesellschaft Hias und andere jüdische Organisationen verschiedener westeuropäischer Länder für das polnische Judentum ausgegeben. Millionen Dollar haben amerikanische Juden ihren Angehörigen in Polen durch Hias zukommen lassen. Je mehr aber der polnische Staat konsolidiert wird, um so geringer wird die Hilfe des amerikanischen Judentums; der Zeitpunkt ist nicht weit, an dem diese Hilfe überhaupt aufhören wird; die ökonomische Krise in Amerika wirkt sich nach dieser Richtung sehr stark aus.

Dieser Zustand macht es notwendig, daß die Regierung dem polnischen Judentum, welches immer mehr aus seinen bisherigen ökonomischen Produktionen hinausgedrängt wird und in einen Zustand der Katastrophe hineingeht, mit der gebotenen Energie zu Hilfe kommt. Die Frage der Rettung des polnischen Judentums ist eine Frage äußerster Wichtigkeit, nicht allein für die jüdische Gesellschaft, sondern, und in nicht geringerem Maße, für den polnischen Staat. Die unablässigen Bitten der jüdischen Bevölkerung um Hilfe seitens des ausländischen Judentums — im Ausland ist man über die Not der Juden in Polen zur Genüge unterrichtet — schadet dem Prestige des Staates und vermindert seinen Kredit auf den amerikanischen, englischen und anderen Geldmärkten.

Die sich täglich steigernde Verzweiflung der jüdischen Massen kann der Regierung keinesfalls gleichgültig bleiben. Leider aber bringt die Regierung dieser Situation, die nicht zum geringen Teil durch ihre eigene Politik geschaffen worden ist, keinerlei Verständnis entgegen; sie gibt sich über den Ernst dieser Situation keine Rechenschaft und ignoriert ganz und gar den Katastrophenzustand eines großen Bevölkerungsteiles. Das 3 Milliarden Zloty-Budget des Staates wird zu einem großen Teil aus der fast ausschließlich von der jüdischen Bevölkerung zu tragenden Umsatzsteuer gedeckt. (50 Prozent des Etats sollen durch die Umsatzsteuer bestritten werden.)

Ungeachtet der hohen Besteuerung des jüdischen Elements wird den Juden keinerlei Aequivalent bewilligt. Am besten gibt sich die Verständnislosigkeit der Regierung gegenüber der jüdischen Not darin kund,

**daß für die religiösen Bedürfnisse der Juden in ganz Polen — also für 3 Millionen Seelen — 120 000 Zloty in das Budget eingesetzt sind.**

Das Memorandum schließt: Als die gewählten Vertreter der jüdischen Bevölkerung Polens halten wir es für unsere Pflicht, der Regierung den ganzen Ernst der Lage der jüdischen Bevölkerung darzulegen und ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß es unabwendbar und unaufschiebbar ist, daß die Regierung eine entschlossene Initiative entwickelt und ein klares Programm ausarbeitet, die darauf gerichtet sind, die Ursachen des jetzigen katastrophalen Zustandes der jüdischen Bevölkerung Polens zu beseitigen.

Marmar  
terroristis  
semitisch  
Alt- und  
gegen die  
der Nach  
übergipfel  
transsylv  
vor einige  
Pogromve  
Einwohn  
an mehr  
den Hitz  
um sich,  
ganze St  
dete. 12  
bewohnt  
nieder, r  
dachlos  
aus den  
Sicherheit  
und die  
von Bor  
Sziget b  
sich tele  
Americat  
wie an  
construc  
fort eine  
Not zur

Buk  
ersten  
jüdische  
maros  
größer  
vernicht  
Die Zah  
Kirchen  
Stadtvi  
Oper.  
Lapok  
sche H  
Danila  
verhetz  
und Ki  
Von d  
sich de  
befinde  
jüdisch  
sieren.  
seine I  
gesteck  
die Zu  
chen g  
wird,  
Die  
lich d  
in Bor  
daß de  
dern  
Berich  
dahin,  
worder

Bu  
un d  
lungen  
semitis  
tiert.  
stanti  
begab  
in der  
lung

streng  
antise  
Wama  
staats  
die E  
weil  
in W  
Der  
richte  
mit,  
in W  
Es w  
Schul

noch

## Cuzisten brennen ein von Juden bewohntes Städtchen nieder

### 128 Häuser vollkommen vernichtet

**Marmaros Sziget.** Die ununterbrochene Reihe terroristischer Akte, die die Anhänger des antisemitischen Abgeordneten Cuzu in allen Teilen Alt- und Neu-Rumäniens seit mehreren Wochen gegen die jüdische Bevölkerung verübten, wurde in der Nacht zum 5. Juli durch eine grauenvolle Tat übergipfelt. Eine Gruppe Cuzisten drang in das transylvanische Städtchen Borscha, das bereits vor einigen Wochen der Schauplatz terroristischer Pogromversuche war, die aber durch die jüdische Einwohnerschaft abgewehrt wurden, ein und legte an mehreren Stellen Feuer an. Bei der herrschenden Hitze und Trockenheit griff das Feuer rasch um sich, so daß nach wenigen Stunden fast das ganze Städtchen ein einziges Flammenmeer bildete. 128 ausschließlich von jüdischen Familien bewohnte Häuser brannten bis auf den Grund nieder, mehr als 2000 jüdische Seelen sind obdachlos und der äußersten Not preisgegeben, da aus den Wohnungen und den Läden nichts in Sicherheit gebracht werden konnte. Das Elend und die Panik unter der jüdischen Bevölkerung von Borscha sind unbeschreiblich. In Marmaros Sziget bildete sich sofort ein Hilfskomitee, welches sich telegraphisch an das europäische Büro des American Joint Distribution Committee in Berlin sowie an das Berliner Büro der American Joint Reconstruction Foundation mit der Bitte wandte, sofort einen Beitrag zur Linderung der dringendsten Not zur Verfügung zu stellen.

### Die Niederbrennung von Borscha

**Bukarest.** Es stellt sich heraus, daß die ersten Nachrichten über die Niederbrennung des jüdischen Städtchens Borscha im Distrikt Marmaros Sziget (Siebenbürgen) durch Cuzisten viel größer ist, als anfangs berichtet. Vom Brande vernichtet wurden 250 Häuser und vier Synagogen. Die Zahl der Obdachlosen beträgt 3600. Auch drei Kirchen, die sich in den von Juden bewohnten Stadtvierteln befanden, fielen den Flammen zum Opfer. Die siebenbürgische Zeitung „Brasnoy Lapok“ führt die Brandstiftung auf die antisemitische Hetzpropaganda des berüchtigten Agitators Danila zurück, der bekanntlich vor einigen Tagen verhetzte Bauerntrupps gegen die Städte Wama und Kimpolung in der Südbukowina geführt hat. Von dort kehrte er mit seinem Stabe, unter dem sich der Geistliche und ein Lehrer von Borscha befinden, nach Borscha zurück und begann die jüdische Bevölkerung dieser Stadt stark zu terrorisieren. Die Zeitung stellt fest, daß Danila und seine Leute die Stadt an vielen Stellen in Brand gesteckt haben und äußerst tiefe Besorgnisse für die Zukunft im Hinblick darauf, daß einem solchen gefährlichen Individuum, wie Danila, erlaubt wird, seine Hetztätigkeit weiter zu betreiben.

Die Behörden in Bukarest beobachten hinsichtlich der Ursache und der Urheber des Brandes in Borscha Stillschweigen und lassen durchblicken, daß der Brand vielleicht nicht angelegt wurde, sondern durch Nachlässigkeit entstanden ist. Die Berichte der hauptstädtischen Presse lauten aber dahin, daß der Brand von den Cuzisten angelegt worden ist.

### Der antisemitische Terror in der Südbukowina

**Bukarest.** Seitens des Innenministeriums und des Ministerpräsidenten werden die Mitteilungen, daß der Brand in Borscha durch antisemitische Agitatoren angelegt worden wäre, dementiert. Der verhaftete antisemitische Agitator Konstantin Danila wurde auf freien Fuß gesetzt und begab sich sofort nach dem Kurort Dorna-Vatra in der Südbukowina, um in einer Volksversammlung als Redner aufzutreten.

**Bukarest.** Das Innenministerium ordnete strenge Maßnahmen gegen alle jene an, die die antisemitischen Demonstrationen und Exzesse in Wama und Kimpolung verschuldet haben. Unterstaatssekretär Angheliescu ordnete telegraphisch die Enthebung des Polizeichefs von Kimpolung an, weil er die höheren Behörden von den Vorfällen in Wama und Kimpolung nicht verständigt hat. Der Unterstaatssekretär gab Auftrag, die Anführer der Demonstranten festzunehmen und dem Gerichte zu übergeben. Das Innenministerium teilt mit, daß ein Teil der antisemitischen Agitatoren in Wama und Kimpolung bereits verhaftet wurde. Es würden die strengsten Maßnahmen gegen die Schuldigen ergriffen.

**Czernowitz.** In der Bukowina weiß man noch nichts von der Verhaftung der Anführer bei

den Exzessen in der Südbukowina. Dagegen äußert sich das „Czernowitzer Morgenblatt“ zu der Amtsenthebung des Polizeinspektors von Kimpolung wie folgt: Polizeipräsident Cobilansche hat seine Pflicht erfüllt und sich als Hüter der öffentlichen Ordnung geradezu heroisch benommen. Rücksichtslos und unerschrocken ging er gegen die Exzedenten vor und hat sich redlich bemüht, die Ruhe in der Stadt und im Bezirke aufrechtzuerhalten. Er wurde dabei von den cuzistischen Rowdys mißhandelt. Das soll nun der Lohn seiner heroischen Pflichterfüllung sein? Das wird die Bevölkerung kaum verstehen.

### 100 Gendarmen gehen nach der Südbukowina ab

Senator Dr. Ebner hat beim Minister für die Bukowina, Saucuo-Saveanu, interveniert und sich an das Innenministerium telegraphisch um wirksamen Schutz für die bedrohten Gegenden gewandt. Generalsekretär Crudu hat sofort veranlaßt, daß 100 Gendarmen nach Kimpolung, Wama und Umgebung beordert werden.

### Die Cuzisten wollen Bebarabien standrechtlich besetzen

**Bukarest.** Die antisemitische Organisation „Eiserne Garde“, deren Führer der bekannte Antisemit und Präfektmörder Celea Codreanu ist, hat eine Proklamation herausgegeben, in der die Garde aufgefordert wird, sich für den großen Einzug in Bebarabien vorzubereiten; diese Provinz soll einen Monat lang standrechtlich besetzt bleiben, um den Grund für die nationale Idee in Bebarabien zu legen. Die Organisation hofft, daß vom Militär die nötigen Kriegsausrüstungen zur Verfügung gestellt werden. Die Proklamation erweckte in der rumänischen Öffentlichkeit peinliches Aufsehen. Die demokratische Presse ermahnt die Regierung, energische Maßnahmen zur Verhinderung von Judenpogromen zu ergreifen.

### Dr. Meyer Ebner über den antisemitischen Terror in der Südbukowina

**Czernowitz.** Senator Dr. Meyer Ebner, der Vorsitzende des Jüdischen Parlamentsklubs in Rumänien, unternahm eine Reise in die bedrohte Gegend der Südbukowina und berichtet hierüber in der „Ostjüdischen Zeitung“: Die Situation der Juden im Süden der Bukowina, schreibt Dr. Ebner, charakterisiert sich durch ein Wort: Panik. Während ich in Kimpolung mit unseren Freunden zusammensitze, schrillt das Telefon: „Dorna Vatra“ meldet sich. Der Hetzer Danila und sein Stab sind dort eingetroffen, die Juden sind wehlos und erwarten jeden Augenblick den Ausbruch antisemitischer Exzesse. Das zweite für die Situation charakteristische Moment ist das Gefühl, daß die Behörden selbst hilflos sind. Man ist mit den lokalen Behörden zufrieden, aber all diesen Funktionären fehlt die bewaffnete Macht, um ihrem Willen Nachdruck zu verleihen. Man muß die Hetzer strafgerichtlich verfolgen. Wenn das Volk wissen wird, daß die Juden nicht vogelfrei sind und daß ein Exzeß mit einem persönlichen Risiko verbunden ist, dann wird bald Ruhe eintreten. Aber wenn sie straflos bleiben, dann stehen sie, die Cuzisten, über dem Gesetze und wir Juden stehen außerhalb des Gesetzes. Dr. Ebner richtet den folgenden Appell an die Bewohner der Bukowina:

„Bürger, die Ihr Euch der heiligen segensreichen Ordnung erfreut, die Ihr den gesunden Schlaf der Gerechten und — Geschützten schlaft, wißt Ihr, was es heißt, wenn mitten in der Nacht, wie in Wama, alle Kirchenglocken Sturm läuten und draußen eine vielhundertköpfige Menge auf den Straßen heult: Nieder mit den Juden, Tod den Juden u. dgl.?”

Und da liegen sie alle in ihren Häusern, verammelt, verbarrikadiert, mit totenbleichen Gesichtern, die ärgsten Schrecken erwartend. Und die Glocken heulen Sturm in die sternhelle Nacht hinaus und von den Bergen tönt es zurück. Sturmglocken in der Nacht, Sturmglocken in den Kirchen, wo sonst das Wort Gottes gepredigt wird. Kein Wunder, daß die Panik alle ergriffen hat, daß sie die ruhige Ueberlegung ausschaltet und Menschen verzweifeln läßt, die sonst lebensfreudig sind. Die Nacht von Sonntag auf Montag war die Schreckensnacht, und noch am Freitag zitterten alle Gemüter bei der Erinnerung an das Erlebte. Es ist hoch an der Zeit, daß die Behörden ihre Pflicht voll und ganz tun. Die Hetzer müssen abgeschoben werden. Der Staatsanwalt muß sie dem Gerichte übergeben und Anklage erheben. Das Unglück sind 5 bis 6 Hetzer. Kann der große Staat mit ihnen nicht fertig werden?“

## Königin-Luise-Bund besingt den Opfertod eines jüdischen Knaben

Bundeszeitung des reaktionär-antisemitisch eingestellten Königin-Luise-Bundes Nr. 23 vom 8. Juni bringt einen Nekrolog auf den „Heldentod eines Knaben“, in dem zu lesen ist:

„Wenn immer wir Pfingsten feiern, das wunderbare Fest in Frühlingspracht, steht vor meiner Seele ein tiefergreifendes, erschütterndes Geschehen, der Märtyrertod eines fünfzehnjährigen deutschen Knaben, Rudolf Ferdinand Hase... Eine neue Aera der Freiheit und Gerechtigkeit versprach die „Interalliierte Kommission“, als sie die Verwaltung des Abstimmungsgebietes von Oberschlesien übernahm. Und von dem allen, was dieses Versprechen umschloß, wurde nichts gehalten. Statt Ruhe und Ordnung dem Lande zu bewahren, wurde eine achthundertjährige deutsche Kultur vernichtet.

Unter denjenigen, die sich hervorragend bei der deutschen Werbetätigkeit auszeichneten, war dieser Knabe, Rudolf Ferdinand Hase, geboren am 7. Februar 1906. Seine ideale Begeisterung für sein Heimatland hatte den Feinden mißfallen. Vielleicht erkannten sie in dem intelligenten Knaben einen späteren Führer? Während der Abstimmungstage, da er sich in den Dienst der deutschen Sache gestellt hatte, wurde er auf einer Fahrt ins unbesetzte Deutschland aus dem Zuge, dem schriftlich und ehrenwörtlich freie Durchfahrt gesichert war, im Beisein der englischen protestierenden Begleitoffiziere herausgeholt und von den Insurgenten gefangen genommen. Es war am 14. Mai 1921, und andern Tags, am 15. Mai, einem Pfingstsonntage, wurde er nach vierundzwanzigstündiger Gefangenschaft, im Beisein seines jüngeren Bruders, im Walde von Komowatz erschossen. Er starb wie ein Held! Ein Märtyrer deutschen Volkstums, deutscher Heimatliebe!

O dürft' ich heute goldne Flügel haben  
Daß mir für aller Welten heil'gen Sang,  
dem Ehrenlied für einen deutschen Knaben,  
Ertöne aller Harfen Feierklang!“

Dazu bemerkt die „CV.-Zeitung“: „Wie gern möchten wir glauben, daß sich über diesem Grabe eines jugendlichen Helden wirklich die sonst durch Klüfte getrennten Gruppen des deutschen Volkes die Hand reichen, daß selbst der Königin-Luise-Bund diese unvergängliche Heldentat deutsch-jüdischer Heimatliebe herzlich anerkennt und die Heimattreue jüdischer Deutscher seinen Mitgliedern verkündet.“

**Milde Strafe für den Mörder Richard Kahn: Vier Monate Gefängnis.** Mainz. Das erweiterte Schöffengericht in Mainz sprach am Sonnabend, dem 21. Juni, über den 28jährigen Ingenieur Johannes Rehbahn, einen nationalsozialistischen Agitator aus Darmstadt, der vor einem Gasthause in Alzay den jungen jüdischen Kaufmann Richard Kahn durch Revolverschüsse tötete, das Urteil. Rehbahn, der eingeschriebenes Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist, hatte in einem Gasthause antisemitische Hetzreden geführt und die Juden beschimpft. Durch diese Beschimpfungen fühlte sich der anwesende Kaufmann Richard Kahn beleidigt. Es kam zu einem Wortwechsel, der sich auf der Straße fortsetzte. Dabei gab Rehbahn aus seinem Revolver Schüsse auf Kahn ab, die ihn tödlich verletzten und an deren Folgen er kurz darauf starb.

Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis für Rehbahn. Das Gericht billigte, obwohl es ausdrücklich feststellte, daß von Notwehr nicht die Rede sein kann, Rehbahn mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten.

### Dr. Loebensteins Bericht über seine Palästina-reise

Nachdem Herr Dr. Loebenstein, der 1. Vorsitzende der Zionistischen Ortsgruppe Leipzig, schon einige Male in besonderen Veranstaltungen über Einzelprobleme des palästinensischen Lebens und der Palästina-Politik gesprochen hatte, erhielt das zionistische Publikum am Montag, dem 16. Juni, den allgemeinen Bericht Herrn Dr. Loebensteins über seine Palästina-reise. Diese Reise, die vom Kartell der jüdischen Verbindungen aus mitorganisiert war, fand in einer Zeit statt, wo das ganze palästinensische Leben noch stark unter dem Eindruck der Augustereignisse stand. Wie stark trotzdem das Vertrauen des palästinensischen Jischuws in die eigene Kraft und die ganze Zukunft des Aufbauwerkes ist, das war der Tenor der Ausführungen von Dr. Loebenstein, der trotz der Kürze seiner Reise die Dinge in Palästina in ihren wesentlichen und entscheidenden Tatsachen klar vor seinen Hörern ausbreiten konnte. Wenn die Lichtbilder deutlicher gewesen wären, würde der starke Eindruck des Abends wahrscheinlich bedeutend größer gewesen sein!

# UNTERHALTUNG UND WISSEN

## Ich habs gut — ich bin ein Waisenkind

Von Scholem-Alechem

I.

Ich kann mich nicht erinnern, daß ich jemals, seit ich zu meinem Verstande gekommen bin, so vornehm gewesen wäre, wie jetzt. Weshalb bin ich denn so vornehm? — Mein Vater, Pejsie, der Chasen, wie ihr wohl wißt, ist am ersten Feiertag gestorben, und ich bin ein Waisenkind geworden.

Am ersten Tage nach den Feiertagen begannen wir das Totengebet zu sprechen. Ich und mein Bruder Eli. Er war es, der mir das Sprechen des Totengebetes beigebracht hat.

Mein Bruder Eli ist zwar ein sehr treuer Bruder, aber kein guter Lehrer, er wird jähzornig, und dann prügelt er mich! Er hat das Gebetbuch aufgeschlagen, setzte sich zu mir hin und begann mit mir zu lernen, aber da wollte er, daß ich es gleich auswendig können soll. Er wiederholte mit mir das große Gebet zweimal vom Anfang bis zum Ende und verlangte von mir, daß ich es zum drittenmal allein aufsahe. Ich versuche aufzusagen, aber es geht nicht.

In der ersten Hälfte geht es noch irgendwie, aber dann weiter bleibe ich stocken, da stößt er mich mit dem Ellenbogen und sagt zu mir, daß ich meinen Kopf anscheinend irgendwo draußen habe (wie er es nur erraten konnte), oder daß ich an das Kälbchen denke... wie kann er nur Gedanken lesen! Er ist nicht faul und wiederholt mit mir noch einmal, ich bin schon ungefähr zu den letzten Sätzen gekommen, aber gerade hier will es nicht gehen! Da faßt er mich beim Ohr und meint, wenn der Vater nur auferstehen und sich nur ansehen würde, was für einen Sohn er hat!

„Dann hätte ich es überhaupt nicht aufzusagen müssen.“ So sage ich zu meinem Bruder Eli und bekomme dafür eine schallende Ohrfeige mit der rechten Hand über die linke Wange. — Hört es aber die Mutter und schimpft ihn aus, er soll mich doch nicht schlagen, da ich doch ein Waisenkind bin.

„Bist du von Gott verlassen? Was machst du denn, wen schlägst du da? Hast anscheinend vergessen, daß das Kind eine Waise ist?“

Ich schlafe noch immer mit der Mutter in dem Bett des Vaters, das ist das einzige Möbelstück in der Stube, fast die ganze Decke überläßt sie mir.

„Deck dich gut zu...“ sagt sie zu mir, „und schlafe ein, mein teures Waisenkind, zu essen gibt es nichts...“

Ich decke mich zu, aber schlafen kann ich nicht; ich lerne das Gebet auswendig. In den Cheder gehe ich nicht, lernen tue ich nicht, beten muß ich nichts, auch zum Chasen singen gehe ich nicht mehr. Von allem frei.

Ich habs gut. — Ich bin ein Waisenkind.

II.

Glück auf! Jetzt kann ich schon das ganze Gebet auswendig. Im Cheder stehe ich auf der Bank und haue das Gebet wie ein Teufel herunter. Eine wohlklingende Stimme habe ich auch, von meinem Vater geerbt, ein echter Sopran. Alle Buben stehen rings um mich und beneiden mich. Die Weiber weinen. Mancher der Erwachsenen schenkt mir eine Münze. Des reichen Jossi Söhnchen, Henich, mit den schiefen Aeuglein, (er ist ein fürchterlicher Mißgönner) streckt mir gegen das Ende seine Zunge heraus, — er will mich durchaus und um jeden Preis zum Lachen bringen. Ihm zum Trotz werde ich erst recht nicht lachen! Da hat dies Aron, der Schuldner, bemerkt, faßte ihn beim Ohr und führte ihn zur Türe hinaus. Recht so! Weil ich das Gebet morgens und abends aufzusagen muß, kann ich mein Gesangsstudium bei dem Chasen Hersch-Ber nicht fortsetzen und bin frei. Den ganzen Tag verbringe ich am Ufer des Teiches. Entweder fische ich oder ich bade. Das Fischen habe ich von selbst erlernt, und wenn ihr wollt, kann ichs auch euch beibringen. Man zieht das Hemde aus. Man macht in die Ärmel Knoten und man geht langsam ins Wasser so weit, bis das Wasser zum Halse heranreicht. Man muß aber recht lange gehen. Kaum

fühlt ihr, daß das Hemd schwer geworden ist, so ist das ein Zeichen, daß es voll ist, dann muß man schnell an das Ufer zurückgehen und den ganzen Morast aus dem Hemde herausnehmen. Oefsters sind kleine Frösche dabei. Um die ist es schade, sind lebendige Wesen, die muß man ins Wasser zurückwerfen, aber es kommt auch vor, daß im dichten Morast sich ein Blutegel befindet. Blutegel sind Geldes wert, für zehn Stück kann man drei Groschen oder anderthalb Kopeken bekommen. Immerhin etwas... Nach Fischen sollt ihr gar nicht suchen. Einst gab es auch Fische, jetzt gibt es keine mehr. Ich lege gar keinen besonderen Wert auf Fische. Ich bin schon froh, wenn es Blutegel sind. Nicht immer sind Blutegel da, diesen Sommer gab es keinen einzigen Blutegel! Woher mag nur mein Bruder Eli von meinem Fischefangen erfahren haben — weiß ich nicht. Wegen der Fische hat er mir das eine Ohr beinahe abgerissen, ein Glück war es, daß die dicke Pessie, unsere Nachbarin, es gesehen hat. Eine eigene Mutter würde sich ihres Kindes nicht so annehmen, wie sie es für mich getan hat.

„So, schlägt man ein Waisenkind?“ Mein Bruder Eli war beschämt und ließ von meinem Ohr. Alle nehmen mich in Schutz. Ich habs gut — ich bin ein Waisenkind.

III.

Unsere Nachbarin, die dicke Pessie, hat mich lieb gewonnen. Sie drängte in meine Mutter, und wie eine Klammer wollte sie nicht ablassen, ich soll vorläufig bei ihr, bei Pessie, wohnen.

„Was wird es Ihnen ausmachen?“ sagte sie, „bei mir gehen zwölf zu Tisch, wird er der dreizehnte sein?“

Mit Mutter war sie schon fertig, aber da mischte sich mein Bruder Eli hinein. „Wer wird dann auf ihn aufpassen, daß er täglich in den Cheder geht?“

„Ich werde schon aufpassen, daß er täglich in den Cheder geht. Was nun? Ist jetzt alles recht?“

Pessie ist nicht reich. Ihr Mann ist Buchbinder, sein Name ist Moische. Er ist als Buchbinder berühmt, aber das allein genügt nicht, man muß noch etwas Glück haben, so sagt Pessie zu meiner Mutter. Mutter gibt es zu. Sie sagt, daß man im Unglück erst recht Glück haben muß. Führt mich als Beispiel an. Ich bin ein Waisenkind, und alle wollen mich haben. Es gibt schon Leute, die mich für immer bei sich haben wollen. Meine Mutter berät sich mit meinem Bruder Eli.

„Was glaubst du? Soll er vorläufig bei Pessie sein?“

Mein Bruder Eli ist schon erwachsen. Sonst würde man ihn nicht um seinen Rat fragen. Er streicht sich das noch bartlose Gesicht mit einer Gebärde, als ob er schon einen Bart hätte, und spricht wie ein Großer:

„Meinetwegen, er soll nur kein Spitzbube sein.“

Und dabei bleibt es auch. Ich werde bei unserer Nachbarin Pessie wohnen, aber unter der Bedingung, ich soll kein Spitzbube sein. Was sie alles Spitzbube sein heißen. Wenn man der Katze ein Papier auf den Schwanz bindet, damit sie sich dreht — dann heißen sie das eine Spitzbüberei. Wenn man mit einem Stock auf die Gitter des Pfarrhofes klopft, damit sämtliche Hunde sich versammeln — ist man bei ihnen gleich ein Spitzbube. Wenn man bei Leibke, dem Wasserführer, den Spund aus dem Faß herauszieht, damit die Hälfte des Wassers herausrinnt — nennen sie einen gleich einen Spitzbuben.

„Dein Glück, daß du ein Waisenkind bist!“, sagte mir Leibke, der Wasserführer, „sonst hätte ich dir eine Hand und ein Bein gebrochen! Kannst es mir glauben.“

Ich glaube ihm, ich weiß, daß er mich jetzt nicht anrühren wird, weil ich ein Waisenkind bin.

Ich habs gut, ich bin ein Waisenkind.

IV.

Unsere Nachbarin Pessie, möge sie mir verzeihen, hat gelogen. Zwölf, sagte sie, gehen bei ihr zu

Tisch. Nach meiner Berechnung bin ich der vierzehnte. Anscheinend hat sie den blinden Onkel Borruh vergessen und vielleicht hat sie ihn deshalb unter den Essern nicht mitgezählt, weil er schon alt ist und keine Zähne mehr zum Kauen hat. Ich will nicht streiten. Er kaut zwar nicht, aber dafür schluckt er wie eine Gans und greift rasch zu. Alle greifen schnell zu. Dieses schnelle Zugreifen ist übernatürlich. Auch ich greife schnell zu. Schlagen sie mich. Sie treten mich mit den Füßen unter dem Tisch. Mehr als alle schlägt mich Wasti. Wasti ist ein Mörder. Sein wirklicher Name ist Herschel, aber weil er eine Beule auf der Stirne hat, gab man ihm den Spitznamen Wasti. Alle haben sie Spitznamen. „Klötzchen“, „Kater“, „Storch“, „Büffel“, „Petelele“, „Gib mir nach“, „Streich mit Butter“...

Seid unbesorgt, jeder Name hat schon seinen Ursprung. Pinie nennt man „Klötzchen“, weil er dick und rund ist wie ein Klötzchen. Welwel ist schwarz, deshalb nennt man ihn Kater. Chaim ist ein Büffel, nennt man ihn „Büffel“, Mendel hat eine Spitznase, ist er deshalb ein „Storch“, „Petelele“ nennt man den Feitel deshalb, weil er nicht sprechen kann. Berl ist eine Naschkatze: Wenn er ein Stück Brot mit Schmalz bestrichen bekommt, sagt er „gib mir noch“. Der häßliche Name „Schmier mit Butter“ wurde dem Sorach wegen eines häßlichen Fehlers beigegeben, eines Fehlers, an dem er keine Schuld hat. Schuld kann höchstens eine Mutter sein, die das vernachlässigt hat und ihm sehr selten den Kopf gewaschen hat. Und vielleicht hat sie auch keine Schuld daran? Ich werde deshalb nicht streiten. Kurz es ist ein Haus, wo jeder einen Spitznamen hat. Was braucht ihr mehr — die Katze, anscheinend eine stumme Zunge, auch sie wird von ihnen „Feige-Lea, die Schulvorsteherin“ genannt. Wißt ihr weshalb? Weil sie dick ist und auch „Feige-Lea“, die Frau von Nachmann, dem Schulvorsteher, auch eine Dicke ist. Was glaubt ihr, wie oft wurden sie schon deshalb geprügelt, daß sie eine Katze mit einem Menschennamen belegt haben? Vergebens, wie Erbsen an die Wand geschmissen! Haben sie jemand einen Spitznamen gegeben, dann ist nichts mehr zu machen!

V.

Mich nennen sie — versucht es nur zu erraten! „Mott mit den Lefzen“... Lefzen soll angeblich ein deutsches Wort sein. In unserer Sprache bedeutet es so viel wie Lippen. Es scheint, daß ihnen meine Lippen mißfallen, sie behaupten, daß ich beim Essen die Lippen bewege, ich möchte gerne den Menschen sehen, der ohne die Lippen zu bewegen, essen kann! Ich bin nicht so empfindlich, daß man über mich nicht scherzen dürfte, aber ich weiß nicht, weshalb, mir gefällt dieser Spitzname nicht! Und weil er mir eben mißfällt, necken sie mich und nennen mich nur so. Lästige Geschöpfe — solche habt ihr noch gar nicht gesehen. Zuerst nannten sie mich „Mott mit den Lefzen“, später nur noch „Mit den Lefzen“. Jetzt heißt das einfach „Lefzen“.

„Lefzen? wo ward ihr denn?“ „Lefzen, wischt euch die Nase ab.“

Es verletzt mich und es kränkt mich, und ich beginne zu heulen. Bemerkt das ihr Vater, Moische, der Buchbinder, daß ich weine, fragt er mich, weshalb ich denn weine? Sage ich zu ihm, wie soll ich denn nicht weinen, wo ich doch „Mott“ heiße und man mich „Lefzen“ nennt. Fragt er: Wer denn? Sag ich: „Wasti“. Will er „Wasti“ prügeln, sagt Wasti: Das bin ich gar nicht, „Klötzchen“ war es. Will er „Klötzchen“ verprügeln, sagt „Klötzchen“: „Das bin ich gar nicht, das ist „Kater“.

Einer redet sich auf den anderen aus, der andere auf den dritten, — es nimmt kein Ende! Dann überlegt es sich der Vater, Moische, der Buchbinder, und nimmt einen jeden von ihnen extra und verhaut ihn mit einem Einband von einem Gebetbuch und sagt zu ihm dabei:

„Bastarder! Ich werde euch zeigen, ein Waisenkind zu verspotten. Mag der Teufel euren Vater holen!“

So nimmt mich jeder in Schutz, alle, alle setzen sich für mich ein.

Ich habs gut — Ich bin ein Waisenkind!

**Versicherungen aller Art tätigt** Inspektor Kunitzsch  
Leipzig W 33, Lützner Straße 61  
**Leben / Feuer / Einbruch / Auto / Haftpflicht** Tatkräftige Mitarbeiter gesucht  
eventuell feste Anstellung.

Antisem  
lin. Aus  
3. Juli ab  
Studenten  
funden ha  
zu Café z  
prügeln.  
dem Anfü  
anderen y  
Geschirr t  
Café-Häus  
heren W  
sulatsbea  
halten w  
Verletzten  
führer w  
Protokoll

Die T  
Nationalis  
schen Ve  
Thüringe  
band, d  
der Verb  
der Land  
vereine,  
schließu  
sozialisti  
daß jüdi  
ringen u  
sich ent  
irreführe  
Fremden  
lich fest  
löstigung  
Fremden

Eine I  
lin. He  
Ausschu  
Judentu  
welche  
zweig in  
schienere  
sophen i  
vermitte  
Persönl  
der Ver  
sein Le  
Katzenst  
mie am  
eignet,  
Rosenzv  
Sinne s

Interes  
Nach  
essen-V  
und sti  
gerufen  
keine B  
Rechtss  
Angeleg  
sitzes  
und su  
bieten.  
Nähe  
Drimm  
Frenzö

Die I  
schen  
hier t  
schäftig  
amt v  
Uebere  
im Ha  
nahme  
feln. S  
und de  
lag be  
Memor  
essen  
ausfüh  
Anträg  
nehme  
und J  
ferenz  
Verhar  
Verteil  
Woche  
am Se  
10 St  
arbeite  
zip fü  
Interes  
sprich  
einflu  
einer  
prakti  
Ende

### Aus aller Welt

**Antisemitische Ausschreitungen in Posen.** Berlin. Aus Posen trifft die Meldung ein, daß am 3. Juli abends und in den Nachtstunden in Posen Studentenkundgebungen gegen die Juden stattgefunden haben, wobei etwa 100 Studenten von Café zu Café zogen und jüdisch aussehende Männer verprügelten. Ein älterer jüdischer Herr wurde von dem Anführer ins Gesicht geschlagen und von den anderen verprügelt. Tische wurden umgeworfen, Geschirr und Gläser zerschlagen. Auch in andere Café-Häuser drangen Studenten ein. Auf dem früheren Wilhelmsplatz wurde ein polnischer Konsulatsbeamter aus Paris, der für einen Juden gehalten wurde, schwer verprügelt. Die Zahl der Verletzten ist noch nicht bekannt. Zwei Rädelführer wurden verhaftet, aber nach Aufnahme eines Protokolls wieder auf freien Fuß gesetzt.

**Die Thüringer Fremdenindustrie rückt vom Nationalsozialismus ab.** Weimar. Die thüringischen Verbände des Fremdenverkehrsgewerbes, der Thüringer Verkehrsverband, der Hotelbesitzerverband, der Gastwirtverband, der Bäderverband, der Verband der thüringischen Fremdenheime und der Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine, wenden sich in einer gemeinsamen Entschließung gegen die Äußerung des nationalsozialistischen Abg. Sauckel im Thüringer Landtag, daß jüdische Kur- und Erholungsgäste in Thüringen unerwünscht seien. Die Verbände haben sich entschlossen, mit allen Mitteln gegen solche irreführenden Äußerungen über den thüringischen Fremdenverkehr vorzugehen. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß es bisher nirgendwo zu Belästigungen der in Thüringen zur Kur weilenden Fremden noch zu Zurückweisungen Erholung-

**Eine Franz Rosenzweig-Gedächtnismappe.** Berlin. Herr Ludwig Katzenstein-Kassel, Mitglied des Ausschusses der Akademie für die Wissenschaft des Judentums, hat eine Gedächtnismappe geschaffen, welche alle seit dem Ableben von Franz Rosenzweig in der allgemeinen und jüdischen Presse erschienenen Veröffentlichungen über den Philosophen vereinigt. Die schön ausgestattete Mappe vermittelt ein fast erschöpfendes Bild der geistigen Persönlichkeit Rosenzweigs und einen Begriff von der Verehrung, die er sich durch seine Werke und sein Leben im Judentum erworben hat. — Herr Katzenstein hat die Rosenzweig-Mappe der Akademie am Tage ihrer 11. Jahresversammlung zugeeignet, damit auch in dieser Form das Gedächtnis Rosenzweigs in der Akademie, die im geistigen Sinne sein Werk ist, festgehalten bleibe.

**Interessen-Verband der Käufer von Erez-Israel-Böden**

Nach eingehenden Vorbereitungen ist ein Interessen-Verband von Käufern landwirtschaftlicher und städtischer Böden in Erez-Israel ins Leben gerufen worden. Dieser will Käufern, die noch keine Besitztitel haben, die Nachforschungen oder Rechtsschutz brauchen, oder die in irgendwelchen Angelegenheiten ihrer Ansprüche oder ihres Besitzes Rat und Hilfe brauchen, eine zuverlässige und sachverständige Vertretung ihrer Interessen bieten.

Nähere Auskunft vom Vorsitzenden: Direktor S. Drimmer (per Volksbank „Iwria“) Berlin W. 8, Französische Straße 8.

**Die Internationale Arbeitskonferenz und die jüdischen Interessen.** Genf. Die seit dem 10. Juni hier tagende Internationale Arbeitskonferenz beschäftigt sich in erster Reihe mit dem vom Arbeitsamt vorgelegten Entwurf eines Internationalen Uebereinkommens betreffend die 48-Stunden-Woche im Handelsgewerbe und in den Büros. An der Annahme des Entwurfes im ganzen ist nicht zu zweifeln. Seitens der Weltorganisation „Agudas Jisroel“ und der ihr angeschlossenen Arbeitnehmerverbände lag bereits seit längerer Zeit dem Arbeitsamt ein Memorandum vor, das die schutzbedürftigen Interessen der sabbatreuen Angestellten und Arbeiter ausführlich erörtert und in einer Reihe konkreter Anträge gipfelt. Zur Vertretung dieser Interessen nehmen die Herren Konsul Sally Guggenheim-Basel und Jacob Rosenheim-Frankfurt a. M. an der Konferenz teil. Es ist nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu hoffen, daß die Konvention die Verteilung der 48-Stunden-Maximalarbeit auf fünf Wochentage zulassen wird, so daß Betriebe, die am Samstag geschlossen haben, an vier Tagen je 10 Stunden und an einem Tage noch 8 Stunden arbeiten können. Eine Resolution, die sich im Prinzip für eine Berücksichtigung der jüdisch-religiösen Interessen bei der Sonntagsruhe-Gesetzgebung ausspricht, begegnet starker Sympathie bei mehreren einflußreichen Delegationen, wird aber wohl erst bei einer Sonderkonvention betreffend Sonntagsruhe praktisch werden können. Die Konferenz dürfte bis Ende Juni dauern.

**Ein Polizeileutnant von Nationalsozialisten unter dem Rufen „Juda verrecke“ niedergeschlagen.**

Berlin. In einem Spandauer Restaurant, wo ein sogenannter „Sprechabend“ der Nationalsozialisten stattfand, erschien ein Ueberfallkommando der Polizei unter Führung eines Leutnants und untersuchte sämtliche Teilnehmer auf Waffen. In dem Augenblick, als das Kommando den Saal verließ, stieß ein Versammlungsteilnehmer den Ruf: „Juda verrecke!“ aus, der alsbald bei seinen Gesinnungsgenossen ein begeistertes Echo fand. Alle brüllten wie besessen immer wieder dieselben Worte. Der Polizeileutnant ging sofort zurück und verhaftete den Arbeiter Franz Kirsch, der am lautesten brüllte. Dieser versetzte dem Leutnant einen derartigen Stoß vor die Brust, daß der Leutnant zu Boden stürzte und liegen blieb. Wie sich später herausstellte, hat sich der Leutnant die Knieescheibe ausgekugelt. Er mußte von seinen Leuten weggebracht werden und hütet noch heute das Bett. Kirsch wurde verhaftet und von Amtsgerichtsrat Rosenthal — da Kirsch wegen eines ähnlichen Deliktes bereits vorbestraft ist — zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

**Ernst Toller interveniert im Auftrag der Liga für Menschenrechte zugunsten der in Lemberg zum Tode Verurteilten jüdischen Kommunisten.** Warschau. Das Lemberger Schwurgericht hat vor einigen Wochen drei jüdische junge Leute, die Privatbeamten Hirsch und Jugend und den Studenten Propper, zum Tode verurteilt, weil sie in der Wohnung des Ingenieurs Kahan kommunistische Literatur gedruckt und dann verbreitet haben. Kahan wurde freigesprochen. Das Urteil hat in Polen wie im Auslande Entsetzen und Empörung hervorgerufen. Die Liga für Menschenrechte hat den Dichter Ernst Toller, der an dem Kongreß des Pen-Klubs in Warschau teilnahm, beauftragt, zugunsten der Verurteilten zu intervenieren. Das Urteil erfolgte auf Grund des in Galizien noch geltenden österreichischen Gesetzes von 1852, wonach auf Landesverrat die Todesstrafe steht, während z. B. in Kongreßpolen die Strafe für ähnliche Delikte auf fünf Jahre Zuchthaus begrenzt ist. Der Kassationshof in Warschau wird sich mit der Angelegenheit noch zu befassen haben.

**Mitschuld der Polizei an den Exzessen in Balti festgestellt.** Bukarest. Inspektor Angheliescu, der mit der Untersuchung der Vorfälle in Balti betraut worden war, hat seinen Bericht der Regierung bereits überreicht. In dem Bericht wird erklärt, daß sich Inspektor Angheliescu überzeugen konnte, daß die Polizei von Balti in einem hohen Maße an den stattgefundenen antijüdischen Ausschreitungen mitschuldig ist. Die Polizeibeamten malträtierten die Bevölkerung, verhafteten die Opfer der Ausschreitungen und unternahmen nicht die geringsten Maßnahmen gegen die Excedenten selbst. Polizeiinspektor Angheliescu fordert, daß die Polizeikommissare Amariuti, Micsan, und Pilu, von denen es feststeht, daß sie die antisemitischen Exzesse gefördert und mit dem Rädelführer Novitzki, einem übelbeleumdeten Individuum, in Verbindung gestanden haben, ihres Amtes entoben werden. Ferner wird die Verstärkung des Polizeikorps von Balti gefordert.

**Hermann Bahrs Erinnerungen an Theodor Herzls Studentenzelt**

Wien, 6. Juli. (JTA.) In seinem im „Neuen Wiener Journal“ veröffentlichten „Tagebuch“ erzählt der Dichter und Essayist Hermann Bahr:

„An der Universität trat ich einer Burschenschaft bei, deren Stolz Theodor Herzl war. Zwei Semester später beschloß eine Burschenschaft — die der Silesen, wenn ich mich recht besinne —, fortan Juden nicht mehr aufzunehmen. Das Beispiel war ansteckend. Auch meine Kameraden eilten nachzuziehen, und Theodor Herzl wurde verständigigt, daß er entlassen war. Den Antrag, antisemitisch zu werden, stellte ein Jude, der sich bald darauf erschoss, einen Brief an unsere Burschenschaft zurücklassend, worin es hieß, zu leben lohne sich als Deutscher, in dem sich aber kein Jude, mag er sich auch noch so redlich bemühen, niemals verwandeln kann. Theodor Herzl gestand mir viele Jahre später, daß jenes Erlebnis in unserer Burschenschaft den ersten Stein zu seinem Zionismus legte. In mir hielt der Antisemit der rigueur nicht lange vor, unter meinen besten Freunden ist eine Reihe von Juden. Einer von ihnen sagte mir allerdings einst gelegentlich: „Du bildest dir nur ein, kein Antisemit zu sein, aber wenn morgen einer deiner jüdischen Freunde sich gemein gegen dich benimmt, wirst du sagen, man soll sich eben doch mit Juden nicht einlassen! Die Gemeinheit eines einzelnen Ariers aber wirst du niemals der Gemeinschaft sämtlicher Ariere ankreiden!“ Ich muß gestehen, daß es mir schwer fiel, zu widersprechen. Ich verstummte.“



**Der Antisemitismus und seine Wirkung auf die Juden**

Berlin. Im Rahmen seines von der Berliner Zionistischen Vereinigung veranstalteten Vortragszyklus über das deutsche Judentum sprach Dr. Siegfried Kanowitz über den Antisemitismus und seine Wirkung auf die Juden. Er untersuchte die Frage, was der Antisemitismus aus dem Juden selbst mache. Der Antisemitismus kann ihre Sicherheit zerstören und irreparablen Schaden in der jüdischen Seele anrichten. Während die Juden im Grunde früher gegen ihn immun waren, bekam er, seitdem er mildere Formen annahm, Gewalt über sie. Der Jude fühlt sich ihm gegenüber hilflos, weil er ihn nicht zu deuten vermag. Aus falscher Deutung heraus kam es bei den Juden zu einer Psychose des Verfolgungswahns. Zugleich aber führte man einen Kampf gegen sich selbst: Abbau war die Parole; der „jüdische Antisemitismus“ bekämpfte die sogenannten schlechten Eigenschaften der Juden, jeder suchte sein Heil in der Vereinzelung. Man suchte den Antisemitismus als ein Mißverständnis aufzuklären und führte einen Kampf ums Recht als sittliche Pflicht, wie man heute ganz ähnlich für die Seele Deutschlands kämpft. Die Juden hatten die Wertmaßstäbe der Umwelt anerkannt, und es trat ein Verfall der jüdischen Persönlichkeit ein. Der Zionismus erklärte den Antisemitismus als einen Spezialfall des Völkerhasses. Damit verlor der Antisemitismus für die Zionisten an Wichtigkeit. Neuerdings hat man ihn als einen Sonderfall der Gruppenfeindschaft überhaupt erklärt. Auch auf der Seite der Antisemiten selbst beginnt diese Erklärung zu dümmern.

Nur sekundäre Begründungen dienen zur Gewissensberuhigung der Antisemiten. Die Juden leugnen gerne, selbst Opfer des Antisemitismus geworden zu sein, und rücken von dem besonders gehaßten Teile ab. Statt als Gruppe zu leben und dadurch den Haß leichter zu ertragen, versucht man, die jüdische Gruppe zu zerstören. Der Zionismus gab den Juden wieder ein Heimatgefühl, so daß sie den Angriff leichter ertragen konnten. Es ist die große Schwierigkeit des jüdischen Nationalismus, daß er in eine Zeit fällt, in der die anderen Völker bereits in der zweiten Phase des Nationalismus stehen, die bereits eine Abschwächung des Eigenlebens darstellt. Wir müssen daher diese zweite Stufe rascher erreichen.

Mark 10

Inh. seit 25 Jahren

**W. Kretschmar, ROBERT HAHNE**

praktischer **Herrend Schneider**

Tadellos si zende Oberhemden und jegliche Herrenwäsche nach eigenem Idealsystem. Krawatten-Neuhelton — Geschäftsgründg. 1899

# Mitteilungsblatt der Jüdischen Volkspartei Dresden

## An den Pranger!

In alten Zeiten wurden Menschen, welche schwere Vergehen bestimmter Art begangen hatten, zur Warnung aller derer, welche Neigung haben sollten, ihrem verwerflichen Beispiel zu folgen, an den Pranger gestellt, d. h. an einem dazu bestimmten Ort öffentlich zur Schau gestellt. Es geschah dies insbesondere bei solchen Vergehen, welche geeignet waren, das Zusammenleben der Menschen zu gefährden, und gegen welche die Allgemeinheit sich von vornherein nicht schützen konnte, also auch und besonders bei Vergehen gegen Treu und Glauben. Der Pranger war sicher eine grausame Strafe, und doch fühlt man sich versucht, zu bedauern, daß er nicht mehr anwendbar ist, insbesondere bei solchen Vergehen, welche nach dem strengen Wortlaut des Gesetzes nicht strafbar und doch eine schwere Gefahr für das öffentliche Leben sind.

Wir haben bereits in der vorigen Nummer dieses Blattes einen solchen Fall geschildert, ohne vorläufig den Namen des Betreffenden zu nennen. Wir hofften damals noch, daß der Betreffende seine schwere Schuld erkennen und sich eines Besseren besinnen würde. Da dies nicht geschehen ist, ist es unabweihe Pflicht, den Namen nunmehr der Öffentlichkeit zu übergeben, da andernfalls die Gefahr besteht, daß andere unbefestigte Seelen gleichfalls, Verbotenes für erlaubt haltend, seinem Beispiele folgen könnten.

Der Mann, der sich von der JVP als Kandidat aufstellen ließ unter der Zusicherung, daß er auf dem Boden des Programms der JVP insbesondere auf dem Boden des gleichen und uneingeschränkten Wahlrechtes stehe, und der dann gegen seine eigene Liste seine Stimme für die Gegenpartei abgab; der Mann, der sich einer von allen Kandidaten als *conditio sine qua non* geforderten Unterschrift durch List entzog und sich dennoch die Vorteile aneignet, welche an diese Unterschrift gebunden waren, der Mann, der jetzt dieses mit solch unfairen Mitteln erschiene Amt dazu benützt, seinen eigenen Wählern in den Rücken zu fallen und sie moralisch schwer zu schädigen, dieser Mann heißt:

**Jakob Lippmann**, Dresden-A., Elisenstr. 79. Wie notwendig es ist, ein solches gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten verstoßendes Verhalten öffentlich zu brandmarken, beweist die Tatsache, daß es Herrn Lippmann bereits gelungen ist, einen ebenso Willensschwachen wie er selbst es ist, mit seinem bösen Beispiel anzustecken:

Herr Meyer Schreyer, Dresden-A., Holbeinstr. 61, III hat seinerzeit nicht die schlaue Voraussicht des Herrn Lippmann gehabt, sich der Unterschrift durch List zu entziehen; er hat vielmehr die von allen anderen Kandidaten unterzeichnete Erklärung unterschrieben, worin er sich verpflichtete, sein Mandat auf Wunsch des erweiterten Vorstandes der JVP zur Verfügung zu stellen; trotz seines schriftlich gegebenen Wortes hat sich Herr Schreyer ebenso wie Herr Lippmann bereit erklärt, als politischer Streikbrecher zu fungieren und seine eigene Wählerschaft zu verraten. Selbst die Bitten seines greisen Vaters und seines Bruders, noch weniger natürlich die Vorstellungen der von ihm selbst gewählten Ratgeber haben vermocht, Herrn Schreyer von diesem Vorgehen abzuhalten, obwohl ihm von den Genannten unzweideutig klar gemacht wurde, daß das, was er zu tun im Begriffe sei, eine bodenlose Gemeinheit wäre. Der einzige Grund, den Herr Schreyer als Entschuldigung für diesen eklatanten Wortbruch anzugeben in der Lage war, ist der, daß er seinerzeit in den Synagogenausschuß gewählt werden wollte, aber nicht gewählt wurde. Er selbst hat also nicht etwa zu behaupten gewagt, daß seine gemeindepolitischen Anschauungen sich im Laufe der Zeit geändert hätten; auch in diesem Falle hätte er ja keinen anderen Ausweg gehabt, als sein Mandat als Vertreter der JVP zurückzugeben, wenn er nicht wortbrüchig werden wollte; immerhin wäre eine solche Gesinnungsänderung bis zu einem gewissen Grade als Milderungsgrund für sein Verhalten anzusprechen gewesen; nun er aber ausschließlich verletzte Eitelkeit als Grund für seine Handlungsweise anzugeben vermag, fehlt seinem Wortbruch jede Beschönigung und muß als eine Schandtat ohne gleichen bezeichnet werden.

Dasselbe gilt von Herrn Lippmann, denn auch bei ihm ist von einer Gesinnungsänderung nicht die Rede, er hat vielmehr vom ersten Augenblick an seine Wähler getäuscht, indem er sich von ihnen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen als Kandidat aufstellen ließ und gleichzeitig das Gegenteil von dem tat, was seine Wähler von ihm zu erwarten berechtigt waren.

Die Empörung über dieses, allen Moralbegriffen hohnsprechende Verhalten des edlen Brüderpaars Lippmann-Schreyer ist naturgemäß allgemein; zunächst hat der erweiterte Vorstand bei Anwesenheit von 48 Mitgliedern einstimmig beschlossen, den beiden Herren seine Verachtung zum Ausdruck zu bringen und sie zur Niederlegung der Ämter aufzufordern. Man war sich vollständig klar darüber, daß die Herren dieser Aufforderung

nicht nachkommen werden, weil es ihnen ja eben um das Ämtechen zu tun ist, und sie genau wissen, daß sie ein solches niemals bekommen, wenn sie diese Gelegenheit nicht beim Schopfe fassen. Es wird aber demnächst eine öffentliche Volksversammlung stattfinden, in welcher die 500 Mitglieder der JVP und sicher auch eine große Anzahl von Nichtmitgliedern den beiden Herren das Verächtliche ihrer Handlungsweise in noch nachdrücklicherer Weise vor Augen führen werden. Die Entrüstung über das Verhalten der beiden Herren beschränkt sich nämlich keineswegs auf die Mitglieder der VP, da naturgemäß jeder anständig denkende Mensch, gleichgültig welcher Partei er angehört, dieses Verhalten verächtlich und verwerflich finden muß.

Aus diesem Grunde erweckt es allenthalben, auch bei den liberalen Mitgliedern der Gemeinde, ernstliches Kopfschütteln, daß der geschäftsführende Vorsteher der Gemeinde die beiden Herren nicht nur zu ihrer verwerflichen Handlungsweise aufgefordert und ermuntert, sondern noch überdies sozusagen dafür gutgesagt hat. Herr Rechtsanwalt Salinger, der sich als Vorsteher der Gemeinde korrekterweise damit hätte begnügen müssen, die noch vorhandenen drei Ersatzmänner schriftlich einzuberufen, hat anstatt dessen die Herren zunächst durch einen Gemeindevorordneten beeinflussen lassen, gegen Treu und Glauben zu handeln, und als dies nicht genügte, hat er Herrn Lippmann sogar in sein Privatkonto gebeten, und ihn dort mit seiner bekannten advokatorischen Beredsamkeit dazu gebracht, die Annahme des Amtes zu versprechen. Lippmann selbst hatte ernstliche Zweifel an der Korrektheit seines Vorgehens und legte Herrn RA. Salinger die Frage vor, ob er mit seinem Verhalten nicht gegen die guten Sitten verstoße, erhielt aber die beruhigende Antwort, daß das absolut nicht der Fall sei, und daß er im Gegenteil zum Wohl der Gemeinde handle! Wir haben diese ungeheuerliche Behauptung bisher für unglaublich gehalten und vermuteten, daß Lippmann dem geschäftsführenden Vorsteher nicht die volle Wahrheit über sein Verhalten erzählt habe; nun aber wissen wir, daß Herr RA. Salinger den vom Vorstand der VP Lippmann geschriebenen Brief gelesen hat und also die obenwähnten einwandfrei feststehenden Tatsachen genau kennt. Wir müssen also mit tiefer Bedauern feststellen, daß der Vorsteher der israelitischen Religionsgemeinde Dresden es für einwandfrei erklärt, wenn ein Mann gegen Treu und Glauben handelt, seine Wähler in gröblichster Weise täuscht, moralisch schwer schädigt bzw. sein schriftlich gegebenes Wort bricht; nach unseren moralischen Begriffen könnte man ebensogut einen offenkundigen Betrug als moralisch einwandfrei erklären.

Billigen kann man ein solches Verhalten nur dann, wenn man sich den Grundsatz der Jesuiten zu eigen macht: „Der Zweck heiligt die Mittel“. Das betrübliche für Herrn RA. Salinger und seine beiden Schützlinge dürfte aber darin liegen, daß auch nicht einmal der angestrebte Zweck, nämlich die Erreichung der Beschlußfähigkeit des Gemeinderates, durch den Verrat der beiden Herren erreicht wird. Als 14. Mitglied des Gemeinderates kommt nämlich Herr Simon Zigelnik in Frage, an den sich die Verführungskünste

des Herrn RA. Salinger nicht heranwagen, und von ihm allein wird es also abhängen, ob der jetzige Gemeinderat jemals beschlußfähig wird oder nicht; das Resultat ist mit Leichtigkeit vorzusagen.

Eines aber geht aus den hier angeführten traurigen Tatsachen zur Evidenz hervor, daß nämlich das jetzt geltende Wahlrecht unweigerlich dazu führt, daß Männer wie Lippmann und Schreyer zu Gemeindevetretern avancieren können, während eine große Anzahl bestqualifizierter Gemeindeglieder von dieser Möglichkeit ausgeschlossen ist! Gerade das jetzt geltende Wahlrecht war es ja, welches die VP gezwungen hat, infolge Mangel an geeigneten naturalisierten Kandidaten gänzlich unbekannte und unerprobte Leute wie Lippmann und Schreyer als Ersatzmänner aufzustellen. Hätte die Gemeinde Dresden ein gerechtes und gleiches Wahlrecht, so würde die VP über eine so große Auswahl an Kandidaten verfügen, daß sie nur bestqualifizierte Männer aufzustellen in der Lage wäre. Es zeigt sich also auch durch diese Vorkommnisse, daß das jetzige Wahlrecht nicht bloß wegen seiner Ungerechtigkeit und wegen seines reaktionären Geistes eine Schande für die Gemeinde ist, sondern daß es ihr auch zu ernstem Schaden gereicht, für den allein die jetzigen liberalen Machthaber verantwortlich sind. Wann endlich werden sie die Schwere dieser Verantwortung erkennen?! Ems.

## Judentum und Hygiene

Ein jüdisches Sammelwerk zur Dresdner Hygiene-Ausstellung. Dresden. Der JTA wird geschrieben: Die große Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden lenkt die Aufmerksamkeit wieder einmal auf den ganzen Komplex der volksgesundheitlichen Fragen. Das Judentum hat zu diesen Dingen außerordentlich viel zu sagen, enthält doch das Religionsgesetz eine sehr große Anzahl von Bestimmungen, deren Durchführung dem jüdischen Volke Lebenskraft und -Dauer gegeben hat. Es ist deshalb zu begrüßen, daß, wie wir hören, ein Sammelwerk unter der Mitarbeit von etwa 20 namhaften rabbinischen, ärztlichen und anderen wissenschaftlich geschulten Autoren erscheint, das in populärer Darstellung alle Sektoren der jüdisch-hygienischen Gesetzgebung in ihrer Auswirkung auf den Einzelnen und die Volksgemeinschaft behandelt. Auch die großen bevölkerungspolitischen Fragen der deutschen Juden finden selbstverständlich Berücksichtigung. Von aktueller politischer Bedeutung dürfte u. a. ein ausführlicher Beitrag über das Schächten und seine hygienischen Auswirkungen sein, der auch die von antisemitischer Seite erhobenen Vorwürfe widerlegt. Die jüdischen Ehegesetze, die Beschneidung, die Reinheitsgesetze, Speisegesetze, die Rolle der jüdischen Frau für die geistige und leibliche Hygiene des jüdischen Hauses, die sanitären Einrichtungen der deutschen Juden, der Ose und des modernen Palästina und vieles andere mehr werden in dem schönen illustrierten Werke, das zu 3 M. auf den Büchermarkt kommen wird, behandelt. Als Verleger zeichnet Herr Jac Sternlicht, Abteilung „Verlag Judentum und Hygiene“, Dresden-A., Zeughausstraße 3.

## Gemeinsames Memorandum von Wizo und Hadassah

London. (JTA.) Auf Einladung der Exekutive der WIZO fand, wie schon kurz mitgeteilt, eine gemeinsame Sitzung von WIZO und HADASSA in London statt, an der die Galuth-Exekutive der Weltorganisation zionistischer Frauen, eine Vertreterin der Palästina-Exekutive und zwei Delegierte der amerikanischen zionistischen Frauenorganisation „Hadassah“ in Anwesenheit des Mitgliedes der zionistischen Exekutive, Miß Henrietta Szold, teilnahmen. Dieser Sitzung, die um so mehr Interesse verdient, als sie die erste offizielle gemeinsame Tagung der beiden großen zionistischen Frauenorganisationen darstellt, lag ein Memorandum von Henrietta Szold, worin die „nichtökonomischen Gebiete des Palästina-Aufbaus“, d. h. Gesundheitswesen, Erziehung und soziale Fürsorge mit besonderer Betonung des Erziehungswesens, als das spezielle Arbeitsfeld der Frauen bezeichnet werden. Miß Szold empfiehlt den zionistischen Frauen der ganzen Welt, das Budget für das jüdische Erziehungswesen Palästinas zu garantieren, um dieses zumindest auf seinem heutigen Standard erhalten zu können. Dabei dürfe jedoch den bisherigen Arbeitsgebieten von WIZO und HADASSA keinerlei Beeinträchtigung widerfahren und die normale Entwicklung der beiderseitigen Arbeitsgebiete müsse gesichert bleiben.

Es gelang, in wesentlichen Punkten eine Uebereinstimmung zwischen den in London anwesenden Vertreterinnen von WIZO und HADASSA zu er-

zielen, auf Grund deren ein gemeinsames Memorandum an das Administrative Committee der Jewish Agency entworfen wurde, welches nunmehr der Palästina-Exekutive der WIZO, sowie den Konferenzen bzw. Councils von WIZO und HADASSA vorgelegt werden muß. Vor endgültiger Beschlußfassung muß die Stellungnahme der Jewish Agency und der Zionistischen Organisation, sowie der Knesseth Israel und des Keren Hajessod eingeholt werden.

Empfang im Hause von Dr. Chaim und Vera Weizmann. London. Zu Ehren von Miß Henrietta Szold und den Delegierten der Hadassah fand im Anschluß an die Tagung ein Empfang im Hause von Dr. Chaim und Vera Weizmann statt, an welchem außer den Teilnehmerinnen der gemeinsamen Tagung die Vertreterin der palästinensischen Arbeiterinnen, Ada Fischmann, Repräsentantinnen mehrerer WIZO-Föderationen des Auslands, sowie die Vertreterin der Union of Jewish Women in London teilnahmen. Dr. Chaim Weizmann begrüßte persönlich die erschienenen Gäste. Frau Rebekka Sieff würdigte die Bedeutung der Teilnehmerinnen aus Amerika und Palästina in einer längeren Ansprache, worauf Henrietta Szold in ausführlicher Weise dankte. Der Empfang, zu dem zahlreiche hervorragende Gäste erschienen waren, nahm einen eindrucksvollen und anregenden Verlauf.

Am Mon-  
vertretung.  
nung zahl-  
zur Debatte

Nach Er-  
sitzende d  
Bericht üb  
selbe sei  
stande gek  
so daß zu  
tionen in  
keiten in  
den Gesar  
Mark belu  
wirken. D  
möglich g  
wie im Ve

Herr Ge  
zusehen.  
dabin, daß  
daß er a  
Herr Tam  
zulehnen.  
wichtigste  
Kürze un  
würdig d  
Dennoch  
Pelz schli  
jeder einz  
unbeding  
schluß geg  
gefährlich

Der Vo  
ersten Re  
hinweist,  
also der  
get zu ne  
ihn, dies  
Budget se  
tion. Gew  
Zeit, im  
baues. D  
bleme m  
wann soll  
der Geme  
als Grund  
gerechte  
Denn dav  
Budget al  
Die Ein  
der liber  
Drittel d  
ralen Kul  
tus. Das  
jeder 92  
mitgliede  
doxie 70  
Formel z  
ausgerüst  
tus wede  
Ungerech  
ungerecht  
heit der  
an ausg  
dieser Hi  
der liber  
ihnen be  
an ihnen  
nisse, so  
Gemeinde  
geren Kr  
Gerechtig  
Gegensät

Die li  
liberalen  
Verordne  
versuche  
tungsorg  
koste 10  
muß mit  
werden.  
Relation  
muß der  
muß ein  
den, sor  
500 000  
waltungs  
Was d  
get auf  
wie scho  
Wohlfah  
glieder  
einen Et  
jetzigen  
30 000 bi  
get muß  
müssen

Die H  
heute m  
eigene  
Weise,  
selbst.  
Urväter,  
hilft, ist  
Aufgabe  
muß, N  
Jugend  
muß Ges  
wozu si  
Egen si  
vor Aug

Die H  
heute m  
eigene  
Weise,  
selbst.  
Urväter,  
hilft, ist  
Aufgabe  
muß, N  
Jugend  
muß Ges  
wozu si  
Egen si  
vor Aug

Die H  
heute m  
eigene  
Weise,  
selbst.  
Urväter,  
hilft, ist  
Aufgabe  
muß, N  
Jugend  
muß Ges  
wozu si  
Egen si  
vor Aug

Die H  
heute m  
eigene  
Weise,  
selbst.  
Urväter,  
hilft, ist  
Aufgabe  
muß, N  
Jugend  
muß Ges  
wozu si  
Egen si  
vor Aug

# Gemeindesitzung vom 7. Juli

## Der Haushaltplan vor dem Plenum

Am Montag, dem 7. Juli, tagte unsere Gemeindevertretung. Die Sitzung war infolge der Tagesordnung zahlreich besucht. Der Haushaltsplan stand zur Debatte.

Nach Eröffnung der Sitzung erstattete der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr **Breslauer**, Bericht über den zur Vorlage gebrachten Etat. Derselbe sei in acht nichtöffentlichen Sitzungen zustande gekommen, gründlich durchberaten worden, so daß zu erwarten sei, daß die einzelnen Fraktionen der Annahme desselben keine Schwierigkeiten in den Weg legen werden. Die zu erzielenden Gesamtersparnisse würden sich auf 26 000 Mark belaufen, jedoch erst im Jahre 1932 auswirken. Die Zusammenstellung des Etats sei nur möglich gewesen bei Belassung des Steuersatzes wie im Vorjahr.

Herr **Gottlieb** bittet, von einer Generaldebatte abzusehen. Herr **Breslauer** ergänzt seinen Bericht dahin, daß der Etat so sorgfältig bearbeitet wurde, daß er auch künftig als Grundlage dienen soll. Herr **Tumpowsky** ersucht, den Antrag **Gottlieb** abzulehnen. Die Generaldebatte zum Etat sei der wichtigste Punkt. Er habe den Wunsch, alles in Kürze und in Frieden zu regeln. Herr **Selinger** würdigt die ernste Arbeit des Finanzausschusses. Dennoch sei eine Generaldebatte notwendig. Herr **Pelz** schlägt eine Redezeit von fünf Minuten zu jeder einzelnen Position vor. Herr **Dubiner** wünscht unbedingte Redefreiheit. Es wird endlich der Beschluß gefaßt, daß jeder Redner nur einmal ausführlich Stellung nehmen soll.

Der Vorsitzende erteilt Herrn **Tumpowsky** als ersten Redner das Wort, welcher jedoch darauf hinweist, daß es Pflicht der stärksten Fraktion, also der liberalen, sei, als erste Stellung zum Budget zu nehmen. Ihr Widerspruch hierzu, zwingt ihn, dies ausdrücklich hier festzustellen. Das Budget selbst sei ein Budget der liberalen Fraktion. Gewiß stehe es, entsprechend der Notlage der Zeit, im Zeichen der Sparsamkeit und des Abbaus. Darin sei man sich einig. Schwere Probleme mußten hierbei entstehen. Wie, wo und wann soll abgebaut werden. Danach wird der Geist der Gemeindesitzung beurteilt. Hierbei muß man als Grundlage das Grundrecht, nämlich das ungerechte Wahlsystem unserer Gemeinde erwähnen. Denn davon hängt auch die Stellungnahme zum Budget ab.

Die Einstellung zum Budget zeige das Vorrecht der liberalen Bedürfnisse. Man bedenke: ein Drittel der Gemeindeglieder gehöre dem liberalen Kultus an, zwei Drittel dem orthodoxen Kultus. Das Budget aber gewährt dem liberalen Kultus 92 800 Mark, also dem Drittel der Gemeindeglieder, während für das zwei Drittel der Orthodoxie 70 000 Mark nur bereitgestellt werden. Diese Formel zeigt, daß der liberale Kultus mit allem ausgerüstet ist, während für den orthodoxen Kultus weder Sitz noch Stein bewilligt werde. Diese Ungerechtigkeit muß noch gutgemacht werden. Die ungerechte, künstlich zustandegekommene Mehrheit der Liberalen, verpflichte sie erst recht, stets an ausgleichende Gerechtigkeit, wenigstens in dieser Hinsicht, zu denken. Bei der Wertschätzung der liberalen Gemeindevertreter fällt es schwer, ihnen bewußte Ungerechtigkeit zuzutrauen. Nicht an ihnen liegt die Schuld der heutigen Verhältnisse, sondern an der Vergangenheit, mit der die Gemeinde noch verhasst sei. Gerade die jüngeren Kräfte der Liberalen werden bestrebt sein, Gerechtigkeit zu üben, um zu vermeiden, daß die Gegensätze später noch härter aufeinander stoßen.

Die liberalen Vertreter sollten nicht alles vom liberalen Standpunkt aus betrachten. Vielmehr als Verordnete der Gemeinde in Gleichheit zu walten versuchen. Besonders falle der Posten Verwaltungsorganisation auf. Die Gemeindeverwaltung koste 107 000 Mark. Um 600 000 Mark auszugeben, muß mit einer Auflage von 16 Prozent gerechnet werden. Das können wir uns nicht leisten. Die Relation wird immer schlimmer. Mit 10 Prozent muß der Apparat bestritten werden können. Es muß ein weiterer Aufgabenkreis geschaffen werden, sonst kommen wir das nächste Jahr auf 500 000 Mark Ausgaben, zuzüglich 20 Prozent Verwaltungskosten.

Was das Fürsorgewesen betrifft, so ist das Budget auf die Dauer nicht zu halten. Wir müssen, wie schon einmal an dieser Stelle erwähnt, ein Wohlfahrtsamt schaffen und an Gemeindeglieder herantreten. Freiwillige Spenden werden einen Etat bringen, der in keinem Verhältnis zum jetzigen steht. Die indirekten Leistungen werden 30 000 bis 40 000 Mark bringen. Das offizielle Budget muß abgebaut werden. Unsere Bedürfnisse müssen sonst an diesen Dingen Abbruch leiden.

Die Hauptaufgabe aller jüdischen Gemeinden ist heute mehr denn je die Jugend. Sie wird durch eigene Impulse geformt. Sie ist, eigentümlicher Weise, jüdischer als wir. Die Jugend hilft sich selbst. Diesem Phänomen dient das Vorbild der Urväter, nicht der Väter. Wie sich diese Jugend hilft, ist bewundernswert. Hier liegt ein großer Aufgabenkreis, dem man unbedingt gerecht werden muß. Nicht mit 3000 oder 4000 Mark kann der Jugend geholfen werden. Räume, ein Jugendheim muß geschaffen werden. Die Jugend muß wissen, wozu sie die Qualen ihres Judentums trägt und gegen sie kämpft. Ihre Bedürfnisse müssen wir uns vor Augen halten.

Im übrigen müssen wir heute an produktive Fürsorge denken. Hierbei bitten wir, unseren Vorschlag wegen des Ausbaues der Darlehenskasse in Erwägung zu ziehen, um dadurch mehr wie bisher helfen zu können.

Nachdem Herr **Tumpowsky** seine Ausführungen im Namen der Volkspartei beendet hatte, ergriff für die liberale Fraktion Herr **Dr. Goldschmidt** das Wort und führte aus: Was Herr **Tumpowsky** sagte, ist derart verständlich, daß wir es alle unterschreiben. Seine Freunde haben im Finanzausschuß mitgearbeitet. Es ist falsch, ein Gleichnis zwischen liberalen und orthodoxen Bedürfnissen aufzustellen. Uns liegt es fern, Geld auszugeben, wo gespart werden kann. Wenn Differenzen auftreten, so liegt das an den verschiedenen Weltanschauungen. Herr **Tumpowsky** tritt hier für die Bedürfnisse der Orthodoxie ein. Vergißt aber, daß auch die Ausgaben für Kaschrus orthodoxe Ausgaben sind. Die Ausgaben für liberalen Kultus werden teilweise durch Einnahmen gedeckt. Der Abbau der Verwaltungskosten läßt sich nicht durchführen. Das liegt an der Technik des Betriebes, der sich nicht umstellen läßt. Im übrigen soll man Vorschläge machen, auf welche Weise Verwaltungskosten gespart werden. Auch werden die Verwaltungskosten durch die Fürsorge belastet, die, was hier einmal nur um der Gerechtigkeit willen gesagt werden muß, mehr von ihren Kreisen in Anspruch genommen wird. Herr **Tumpowsky** spricht parteipolitisch. Ist ein Ausbau der Darlehenskasse möglich, so werden wir auch praktisch handeln. Von den Darlehensnehmern waren 180 Ausländer und 8 Deutsche. Diese Dinge müssen einmal festgestellt werden. Auch wir sind uns der Jugendaufgabe bewußt. Jedoch wünschen wir, daß sie sachliche Vorschläge unterbreiten, die im Rahmen der Möglichkeiten liegen.

Herr **Selinger** (Poale Zion) führte aus: Für den Zwiespalt tragen die Liberalen die Schuld. Herr **Dr. Goldschmidt**, helfen Sie den Zustand ändern! Sie kämpfen nach außen für Gerechtigkeit, ohne hier Gerechtigkeit gelten zu lassen. Wenn Einsicht und Gerechtigkeit durchdringen, dann wird auch hier Sachlichkeit herrschen. Der Geist des Haushaltsplanes ist wie vor 100 Jahren. Verschwundet der Teil für kulturelle, wirtschaftliche und produktive Hilfe. Gerade wo die Wirtschaftsnot so groß ist, wird die Fürsorge mit 40 000 Mark abgebaut. Es gibt nur ein jüdisches Volk und keinen Unterschied zwischen deutschen und Ostjuden. Ich achte die religiösen Anschauungen. Aber es geht nicht an, Politik mit Religion zu verknüpfen. In keiner Stadt betragen die Ausgaben für Schomrin so viel wie bei uns. Ich verahre mich gegen die Kultusaufgaben. 130 jüdische Arbeitslose gibt es in Leipzig, von denen nur 85 städtische Unterstützung beziehen, während der Rest ohne Unterstützung ist. Wir müssen diesen Arbeitslosen Unterstützung gewähren. Auch die Summe für die Jugend muß erhöht werden. Der Geist hier wird erst ein anderer werden, wenn andere Vertreter hier sitzen werden.

Herr **Tumpowsky** weist noch, zur Entgegnung auf **Dr. Goldschmidt**s Ausführungen, auf die 33 000 Mark Ruhegehälter hin, die wohl ausschließlich Deutschen zufallen. Bei all den Dingen handelt es sich um Gerechtigkeit des Budgets. Die Ablehnung eines Budgets sei ein Mittel der Minderheit. Herr **Dr. Goldschmidt** dürfte wissen, daß Bredensamkeit innerhalb einer Majorität wächst. Wenn Vorschläge gefordert werden, so verweisen wir auf unseren Vorschlag, die Darlehenskasse um 30 000 Mark zu erhöhen.

Alsdann fühlte sich Herr **Rosenfelder**, Mitglied der orthodox-demokratischen Fraktion, veranlaßt, zu den Ausführungen der Vorredner Stellung zu nehmen. Auf seine Ausführungen können und wollen wir hier nicht weiter eingehen. Herr **Dubiner** wies auf Aeußerung des Rabbiner **Lazarus** hin, daß die Jugend heute nicht mehr mit Religion zu erziehen sei. Solche Reden, wie sie Herr **Rosenfelder** hielt, sollten lieber nicht gehalten werden. Eine Statistik, wie viel Deutsche und Ausländer Darlehen erhalten haben, sei ihm nicht bekannt und im übrigen überflüssig. Wir haben für liberalen und orthodoxen Kultus das gleiche Interesse. Wir treten für alle bedingten Bedürfnisse ein. Für orthodoxen Gottesdienst ersuchen wir, 10 000 Mark zu bewilligen.

Für die Orthodoxie ergriff Herr **Stein** das Wort: Man hat gerade Leute abgebaut, gegen deren Abbau wir uns wenden müßten. Wir haben uns wegen der schlechten Verhältnisse damit abfinden müssen. Wegen des orthodoxen Gottesdienstes, so wird die Gemeindevertretung sich noch damit befassen müssen. Bei der Jugend vertreten wir den Standpunkt: erst Religion, dann Sport.

Nach einer weiteren kurzen Diskussion und anschließender Pause, werden die einzelnen Etatsposten durchgenommen.

Herr **Dubiner**, VP, stellt den Antrag, 10 000 M. Berechnungsgeld für orthodoxen Gottesdienst zu bewilligen. Herr **Hodes**, Vertreter der Orthodoxie, bemerkt, daß die Orthodoxen zunächst auf einen solchen Beitrag verzichten. Herr **Tumpowsky** erklärt, daß es sich hierbei um einen gerechten Verteilungsschlüssel handelt. Herr **Dubiner** stellt fest, daß bei diesen wichtigen Dingen Vertreter der

Orthodoxie fehlen. Dann macht er noch Ausführungen zur Wohlfahrtspflege, insbesondere der Wanderfürsorge. Es muß für Obdach gesorgt werden. Herr **Pfefferblüth** machte den Vorschlag, einige Herren in die städtische Fürsorge zu delegieren. Außerdem bittet er, die Fürsorge nicht zu kürzen. Die Fürsorge läßt sich ausbauen. Es handelt sich um die Aermsten der Armen, denen man nichts streichen kann.

Herr **Gottlieb** geht auf die Vorwürfe des Herrn **Dubiner** ein. Ich weiß nichts von Verkleinerung der Fürsorge. Wenn ich Sitzungen absagte, so, weil das Material noch fehlte. Für Wanderfürsorge bestehen Richtlinien für ganz Deutschland. Leider erfordert das System häufig viel Härte. Die Stadt ist verpflichtet, uns zu helfen und wir müssen Geld nehmen, wo wir es bekommen.

Herr **Pfefferblüth** schlägt vor, die Stadt um Subvention zu ersuchen. Herr **Selinger** glaubt, daß es zweckmäßiger sei, die Fragen der Fürsorge in einer Sondersitzung zu behandeln. Die Studentenhilfe muß vergrößert werden. Auch seien 2000 Mark für Brautausstattungen zu wenig. Die Mazzesaufgabe von 3000 Mark sei zu klein und muß wieder auf 6000 Mark festgesetzt werden. Herr **Kestenbaum** fordert für Hachnosos **Aurchim** 500 Mark mehr zu bewilligen. Dieser Antrag wird abgelehnt, ebenso **Selinger**s Antrag um Erhöhung der Studentenhilfe und der Mazzesaufgabe. Dagegen wird **Selinger**s Antrag, die Brautausstattungen von 2000 auf 3000 Mark zu erhöhen, angenommen.

Herr **Tumpowsky** ersucht, die Beihilfe zum Chaluzeim um 500 Mark zu erhöhen. Auch dieser Antrag wird abgelehnt. Herr **Selinger** wendet sich gegen die Zinsen, die für Darlehen erhoben werden. Herr **Gottlieb** weist darauf hin, daß es sich dabei um keine Zinsen, sondern um Deckung der Verwaltungskosten handelt. Herr **Dr. Goldschmidt** bemerkt, daß diese Frage mit dem Etat in keinem Zusammenhang steht. Herr **Tumpowsky** ersucht um Streichung der Reisekosten und des Postens Zeitschriften. Beide Posten finden jedoch Annahme. Herr **Selinger**s Antrag, den Beitrag zum Keren **Hajessod** von 300 auf 500 Mark zu erhöhen, wird gleichfalls abgelehnt. Um den Beitrag von 10 300 Mark für den sächsischen Gemeindeverband entspinnt sich eine Aussprache. Herr **Goldschmidt** erläutert hierzu, daß eine Kürzung nicht möglich ist. Herr **Kestenbaum** bemängelt, daß nur 500 Mark für den Schomre **Schabbos** ausgeworfen sind. Herr **Dr. Goldschmidt** ist erstaunt über die 8000 Mark, welche die Israelitische Schule erhält und beantragt, die Summe auf 6000 Mark zu reduzieren. Herr **Rosenfelder** fordert dagegen 12 000 Mark für die Schule. Bei der Abstimmung werden 8000 M. bewilligt. Herr **Tumpowsky** bittet, der Sprachschule nichts zu streichen und die Beihilfe um 600 Mark, auf 3000 Mark, zu erhöhen. Der Antrag wird abgelehnt. Hierbei kommt es zu einer ersten Aussprache, bei der Herr **Tumpowsky** den Liberalen vorwirft, daß sie ihre Beschlüsse fassen, wobei das Plenum hinfällig wird. Ein Antrag **Selinger**s, den Jugendbeitrag auf 5000 Mark zu erhöhen, wird abgelehnt. Ueber die Darlehenszinsen folgt noch eine kurze Diskussion, die jedoch fruchtlos verläuft.

Die Ausgaben werden dann ohne Widerspruch angenommen, womit die Sitzung ihr Ende findet.

Zusammenfassend sei noch bemerkt, daß die Ausgaben unserer Gemeinde für das Jahr 1930/31 803 000 Mark, und die Einnahmen 710 000 Mark betragen. Die Ausgaben setzen sich zusammen aus:

Verwaltung	49 400	Mark
Grundstücksverwaltung	12 300	„
Kultus und Unterricht	166 000	„
Kaschrus	17 400	„
Ritualbad	6 000	„
Bestattungswesen	144 000	„
Wohlfahrtspflege	170 400	„
Darlehenskasse, Verwalt.	2 500	„
Ruhegehälter	33 700	„
Verschiedenes	34 600	„
Beiträge	12 145	„
Bildungsanstalten	13 135	„
Jugendverbände	3 900	„
Wohlfahrtseinrichtungen	2 120	„

Im allgemeinen bieten die Etatsberatungen unserer Gemeinde kein erfreuliches Bild. Die orthodox-demokratische Fraktion trägt zwar zur Erbeiterung der Sitzungen bei, aber dazu ist die Gemeindestube schließlich nicht da. Beschämend für diese Fraktion war es, daß sie sich von dem Antrag des Herrn **Dubiner**, 10 000 Mark Berechnungsgeld für den orthodoxen Gottesdienst zu bewilligen, gedrückt hat. So sieht die praktische Tätigkeit dieser Herren in der Gemeinde aus. Wir können den orthodoxen Wählern nur empfehlen, die Gemeindesitzungen zu besuchen, um die Tätigkeit ihrer Repräsentanten zu beobachten.

### Verein Jüdischer Händler und Reisender

Das Geschäftslokal des Vereins befindet sich jetzt ab Juli 1930 Blücherstr. 21, II, Gesuche usw. sind nach dort zu richten.

Eingegangene Spenden vom 18. Mai bis 6. Juli 1930: Firma **Schröder u. Co.**, Cottbus, 50 M.; **Schuldenfrei**, J., 5 M.; **Goldberg**, S., 2 M.; **Silbermann**, B., 2 M.; **Selinger**, M., 5 M.; **Westreich**, L., 3 M.; **Segel**, I., 3 M.; **Koch**, S., 2 M.; **Geber** 1 M.; **Kohl** 1 M.; **Karger**, L., 1 M.; **Nebenzahl** 1 M.; **Eisenschmidt**, T., 1 M.

Durch **B. Silbermann** anlässlich Hochzeit **Buchaster-Goldberg** 29.50 M. gesammelt.

Der Vorstand.

Zionisten — Revisionisten

Die Weltkonferenz der Welt-Union der Zionisten-Revisionisten findet in der Zeit vom 10. bis 14. August in Prag in den Räumen des Beth Haam statt.

Leipzig, den 7. Juli 1930. Der Wahlkommissar Dr. Goldwasser.

Oneg Schabbat für alle, die Hebräisch verstehen

Mit Rücksicht darauf, daß die Schulferien bereits am Schabbat, den 12. Juli, beginnen, ist von manchen Teilnehmern an den Mesiboth schel Oneg Schabbat, die schon vorher verreisen, der Wunsch geäußert worden, die nächste Mesibba schel Oneg Schabbat erst am 1. Schabbat nach den Ferien stattfinden zu lassen.

Verelassnachrichten

Jüdische Chorvereinigung Leipzig. Zwecks Gründung einer „Jüdischen Chorvereinigung Leipzig“ bitte ich stimmbegabte Herren und Damen, gleich welchen Alters, sich recht bald (8—10 Tage) schriftlich (mit Angabe von Adresse, Alter und Beruf) bei mir zu melden.

Die „Jüdische Chorvereinigung“ will lediglich künstlerischem Schaffen dienen.

Wir haben die Absicht, uns bereits bei der Neugründung ein Programm aufzubauen, um etwa im Januar oder Februar 1931 in Leipzig ein abendliches Konzert zu geben, vielleicht selbständig oder in Verbindung mit einem von mir geleiteten nächstwinterlichen Symphoniekonzert.

Wir wollen eine Jüdische Chorvereinigung in

Deutschland sein und wollen demnach sowohl deutsche als hebräische Werke singen (die deutschen auch jüdischen Inhalts). Hier könnten auch jüdische Kräfte, die sich sonst in nichtjüdischen Vereinen zersplittern, gemeinsam für etwas Gemeinsames fruchtbarer wirken!

Ich erwarte und hoffe sehr, daß mich die Leipziger jüdische Studentenschaft, auch die gesangstudierende, dabei stark unterstützen wird. Aber auch unsere Altherrenschaft soll nicht davon abstecken, sich unserer gemeinsamen Sache zur Verfügung zu stellen.

Es schrecke auch niemand davor zurück, das Podium betreten zu müssen — erst recht!

Herren und Damen, die meine Absichten mit allem Ernst mitwirklichen helfen wollen, bitte ich, mir möglichst bald Mitteilung zu machen. In spätestens vier Wochen wollen wir mit unserer Arbeit beginnen. (Alle, die in die Ferien gehen, bitte ich trotzdem schon jetzt um ihre Anschrift.)

Musja Gottlieb, Jacobstr. 2.

Keren Kajemeth Lej Israel (Jüdischer Nationalfonds) e. V. Leipzig, Kellstraße 4, Tel. 102 11, Postcheckkonto 53 341.

Allgemeine Spenden: Leo Gehr anl. Geburt seiner Tochter Ruth 10; Josef Zimmer anl. Geburt seiner Tochter Ruth, Simon und Thea Margulies anl. Geburt des Sohnes Wolfgang-Alexander 6; Toni Preis anl. Bar-Mizwah ihres Sohnes 3.

Ausweis: Allgemeine Spenden: Jonas Braude anl. Verlobung von Frä. Ruby Braude und Herrn Jacob Braude 18. — Moritz Mordechaj und Agnes Chamizer-Hain: Dr. F. Chamizer und Frau gratulieren Herrn Dr. Körber und Frau zur Bar-Mizwah des Sohnes Wolfgang 6.

Eitongon AG., Wanderer, Block, Dodeles J. Lederberger, B. Rosenbaum, H. Bermann je 1, Meisels 0.96; Horn, L. Baumatz je 0.80; Bäuml 0.76; Jäger 0.75; Borgenicht 0.65; I. Gold, Blunar, A. Bornstein je 0.50; Jüd. Studentenverein 0.46; Borak 0.39; Schlangenkopf 0.34; Trachtenberg 0.32; Sprei 0.30; Zeichner 0.25; Bienestock 0.15.

Personenstands Nachrichten

Geburten:

13. Juni Samuel Leon Hacker und Eva geb. Kasner, Weststr. 78, eine Tochter „Sonja“. 17. Juni Samuel Rabinowitsch und Recha geb. Jacobson, Thomasiusstr. 8, eine Tochter „Elka“.

Todesfälle:

3. Juli Kind Emil Teicher, Langestr. 49. 4. Juli Sara Mansbach, Uferstr. 19. 5. Juli Meier Hermann Luchtenstein, Wurzen.

Austritte aus der israelitischen Religionsgesellschaft (nach geltendem sächsischen Recht bedeutet der Austritt aus der israelitischen Religionsgesellschaft den Austritt aus dem Judentum): Kaufmannsfrau Hildegard Edith Rosenfelder geb. Moser, Grässstr. 9. Alexander Luft, Sternwartenstraße 61. Sara Lea Dinerstein geb. Schermann, Emilienstraße 21.

Gottesdienstlicher Anzeiger

Gemeinde-Synagoge

Sabbatgottesdienst: Freitag, 11. Juli, Abendgebet 19 Uhr mit Predigt (Rabbiner Dr. Goldmann), Sonnabend, 12. Juli, Morgengebet 9 Uhr, Nachmittagsgebet 20.50 Uhr, anschließend Lehrvortrag (Rabbiner Dr. Goldmann): Die Vorschriften des Talmud und des Schulchan Aruch über Handel und Wandel; Abendgebet 21.23 Uhr. Morgengottesdienst am Sonn- und bürgerlichen Feiertagen 7.30 Uhr, werktags 7 Uhr, Abendgottesdienst 19 Uhr.

Synagoge Ex-Chaim, Otto Schillstr. 4

Freitag, den 11. Juli, 19.30 Uhr, Sonnabend, den 12. Juli, 8.30 Uhr, 17 Uhr, Ausgang 21.23 Uhr. Wochentags 7 Uhr, 19.30 Uhr.

Talmud Thora-Synagoge, Kellstr. 4

Freitag, den 11. Juli, 19.30 Uhr, Sonnabend, den 12. Juli, 8.30 Uhr, 17 Uhr, Ausgang 21.23 Uhr. Wochentags 7 Uhr, 19.30 Uhr.

Synagoge Ohel Jakob

Freitag 19.30 Uhr, Sonnabend 8.30 Uhr, Mincha 17 Uhr, Ausgang 21.23 Uhr. Wochentags 7 Uhr, Mincha 19.30 Uhr.

Gottesdienst in der Synagoge zu Chemnitz

Freitag, 19 Uhr, Gottesdienst. Sonnabend, 8.30 Uhr, Gottesdienst und Thoravorlesung. — Täglicher Gottesdienst: Sonntag 8 Uhr, Montag bis Freitag, 7.15 Uhr, 19.15 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion und Verlag: Jakob Flaschmann, Leipzig, Berliner Straße 56. — Druck: Pezavag, Filiale Leipzig C 1, Czernmaks Garten.

RIQUET INKA BITTER EIN NEUER TYP DER GESCHMACK VON HEUTE ZUBA

Marienbad Franzensbad Gottlieb Leitners Restaurant „Goldener Schlüssel“ Grand Restaurant „Fürstenhof“ Simon Raab Streng orthodoxe Küche

Friedrich Müller LEIPZIG-MARKT 10

ADLER Filiale: Nordstraße 21 Färberei und chemische Waschanstalt

Albert Pickardt Leipzig C1, Nordstr. 30 Fernsprecher 28267 Bürsten- und Pinselwaren

Gummi- Handschuhe u. Fingerlinge Gummi-Schürzen und -Stiefel Schläuche jeder Art für Färberei- und technische Zwecke liefert als Spezialität Hans Bamberg, Leipzig C1 Oranienbaumer Str. 9 Tel. 52188

Privat-Auto-Fahr- schule, Großgarage Theodor Schneider Leipzig N 22, Blumenstraße 53-57, Tel. 51851

Zur IPA Schilder und Plakate Standdekorationen, Kojebau Hermann Klasing Leipzig C1, Waldstr. 2

BONORAND KURHAUS Arno Fix — Telefon 20594 Täglich nachmittags die beliebte Kaffeestunde mit vorzüglicher Unterhaltungsmusik. Gedeck RM 1.—, bestehend aus 1 Kännchen Kaffee nebst einem Stück Torte mit Schlagsahne Jeden Sonntag der beliebte Bono-Ball Eintritt frei!